

# Thesen der Linken zum III. Parteitag der KPI

Bei einer Schrift<sup>1</sup> wie dieser ist kaum zu vermeiden, dass zwischen den verschiedenen Abschnitten ein gewisses Missverhältnis besteht, weil bestimmte Themen und Punkte im Verlaufe der Diskussion mehr auf den Nägeln brannten als andere, gleich wichtige, die etwas in den Hintergrund rückten. Um die Ansicht der Gruppe von Genossen, deren gemeinsames Denken die vorliegenden Thesen abbilden, möglichst vollständig darzulegen, halten wir es für sinnvoll, noch andere Schriften derselben Strömung (die bereits bekannt, wenngleich heute nicht leicht zugänglich sind) anzuführen, die hier wiederbekräftigt und verteidigt werden:

- *Thesen von Rom*, auf dem II. Parteitag der KPI am 26.3.1922 angenommen;
- *Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale*, vorgelegt auf dem IV. Kongress der KI, November 1922;
- *Aktionsprogramm der KPI*, vorgelegt auf dem IV. Kongress der KI, November 1922;
- *Anträge und Thesen*, die auf der Parteikonferenz der KPI im Mai 1924 in Como angenommen wurden;
- *Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale*, vorgelegt auf dem V. Kongress der KI, Juni 1924.<sup>2</sup>

## I. Allgemeine Fragen

### 1. Die Grundsätze des Kommunismus

Die theoretischen Eckpfeiler der Kommunistischen Partei sind die des Marxismus, auf dessen im Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen wiederhergestellten Grundlagen sich die III. Internationale gründet. Diese Eckpfeiler sind:

- der dialektische Materialismus als allgemeine Weltanschauung und Geschichtsauffassung;
- die in Marx' „Kapital“ enthaltenden grundlegenden ökonomischen Theorien als Methode, die bestehende kapitalistische Ökonomie zu erklären;
- die programmatischen Aussagen des „Kommunistischen Manifests“ als historischer und politischer Leitfaden für die Emanzipation der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Die großartige, siegreiche Erfahrung der russischen Revolution und das Werk Lenins, des Führers und Lehrers des Weltkommunismus, sind die Bestätigung, die Wiederherstellung und die folgerichtige Entwicklung jener ein System bildenden Grundsätze und Methoden. Wer auch nur einen einzigen Teil davon ablehnt, ist kein Kommunist und kann nicht in den Reihen der Internationale kämpfen.

Folglich weist die Kommunistische Partei die Theorien der herrschenden Klasse zurück, von den geistlich-religiösen Lehren, die auf dem Gebiet der Philosophie idealistisch und auf dem der Politik reaktionär sind, bis hin zu den positivistischen Theorien, den Freidenkern Voltaire'schen Typs, die in der Politik

---

<sup>1</sup> Zum III. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens, der vom 21.-26. Januar 1926 geheim in Lyon (Frankreich) stattfand, stellte der linke Parteiflügel (der bis 1923 die Partei geführt hatte und auf Betreiben der Kominternführung in Moskau durch die Gruppe Gramsci/Togliatti abgelöst worden war) das vorliegende Thesenwerk den Thesen der Parteizentrale gegenüber. Es war das letzte Mal, dass sich die beiden wichtigsten Strömungen der italienischen Partei gegenübertraten, um ihre Richtlinien darzulegen. Die Neustrukturierung der Partei wurde dann in Lyon definitiv durchgesetzt. Infolge des faschistischen Terrors hatten sich die regionalen Parteisektionen (die ihre Aktivitäten nur klandestin ausüben konnten) nicht oder kaum versammeln können, um die beiden eine Woche zuvor in „l'Unità“ veröffentlichten Thesenpapiere zu diskutieren und darüber abzustimmen. Die zentristische Führung fand die elegante Lösung, alle weder für die Zentrale noch die linke Opposition abgegebenen Stimmen zugunsten der Zentrale zu zählen. Die Linke um Amadeo Bordiga widersetzte sich diesem dubiosen Verfahren nicht, da sie der Ansicht war, dass sich in der historischen Entwicklung fundierte parteiinterne Machtmechanismen nicht auf formellem Wege umkehren lassen und sich aus sich selbst heraus erschöpfen müssen, damit sich das Proletariat eine wertvolle Erfahrung zunutze machen kann.

Die Thesen von Lyon formulieren die kritische Position der Linken innerhalb der Komintern; sie wurden als immanente Kritik verfasst, als Beitrag zur Regeneration der Internationale. Gleichwohl wird hier erstmals – nach dem Ende der revolutionären Periode der Nachkriegszeit –, also bereits 1926, eine Bilanz dieses letzten revolutionären Zyklus gezogen.

<sup>2</sup> Siehe: „1921-12-31 – Römer Thesen“; „1922-11-05 – Thesenentwurf der KPI zur Taktik der KI“; „1922-11-05 – Zur Lage in Italien“.

freimaurerisch, antiklerikal und demokratisch sind.

Gleichermaßen lehnt sie die folgenden politischen Schulen ab, die in der Arbeiterklasse eine gewisse Anhängerschaft gefunden haben: den sozialdemokratischen Reformismus, der die Zusammenarbeit zwischen den Klassen predigt und sich einen friedlichen Entwicklungsgang, also ohne Waffengewalt, vorstellt, der von der kapitalistischen Macht zur proletarischen Macht führt; den Syndikalismus, der den politischen Kampf der Arbeiterklasse ebenso wie die Notwendigkeit der Partei als höchstem revolutionären Organ geringachtet; den Anarchismus, der die historische Notwendigkeit des proletarischen Staates und der proletarischen Diktatur als Mittel zur Transformation der gesellschaftlichen Ordnung und zur Aufhebung der Klassenspaltung leugnet. Ebenso tritt die Kommunistische Partei den mannigfaltigen pseudo-revolutionären Äußerungen entgegen, die, indem sie den oben genannten Strömungen einen kommunistischen Anstrich geben, nur deren Fortbestehen sichern – eine Gefahr, die den heute wohlbekannten Ausdruck „Zentrismus“ trägt.

## 2. Das Wesen der Partei

Der geschichtliche Prozess der Emanzipation des Proletariats und der Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung geht aus der Existenz des Klassenkampfes hervor. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, d.h. er zielt auf die Eroberung der politischen Macht und die Leitung eines neuen Staatsapparats. *Daher ist das Organ, das den Klassenkampf zum höchsten Sieg führt, die politische Klassenpartei, das einzig mögliche Werkzeug sowohl der revolutionären Erhebung als auch der revolutionären Herrschaft.* Aus diesen grundlegenden und großartigen Marx'schen Aussagen, die von Lenin nachdrücklich hervorgehoben wurden, geht die Bestimmung der Partei als Organisation aller hervor, die auf dem Boden unserer Weltanschauung, worin sich die historische Aufgabe der revolutionären Klasse zusammenfasst, stehen und entschlossen sind, für den Sieg dieser Klasse zu kämpfen. Durch die Partei erwirbt die Arbeiterklasse die Kenntnis ihres Weges und den Willen, ihn zu gehen: *Daher stellt die Partei in den aufeinanderfolgenden Phasen des Kampfes historisch die Klasse dar, auch wenn ihre eigenen Reihen nur einen mehr oder minder großen Teil derselben umfassen.* Das ist die Bedeutung der Definition der Partei, die Lenin auf dem II. Weltkongress gab.

Dieser Marx'sche und Lenin'sche Begriff der Partei steht genau im Gegensatz zur typisch opportunistischen Auffassung einer labouristischen oder arbeitertümlerischen Partei, der statutengemäß alle in Lohnarbeit stehenden Personen beitreten können. In solchen Parteien, mögen sie zahlenmäßig auch stärker dastehen, können – und in bestimmten Situationen müssen – die konterrevolutionären Einflüsse der herrschenden Klasse die Oberhand gewinnen (was sich in der Diktatur von Technokraten und Führern verkörpert, gleich ob diese ihrer Herkunft nach der Arbeiterklasse oder einer anderen Klasse angehören). Marx und Lenin haben deshalb diesen verhängnisvollen Fehler nicht nur theoretisch bekämpft, sondern sind auch praktisch nicht davor zurückgeschreckt, die falsche proletarische Einheit zu brechen, um, auch in Momenten schwindender sozialer Aktivität des Proletariats, zumindest durch kleine, am revolutionären Programm festhaltende Gruppen die Kontinuität der politischen Funktion der Partei hinsichtlich der sukzessiven Aufgaben des Proletariats zu gewährleisten. Dies hat sich als der einzig mögliche Weg erwiesen, damit sich zukünftig der größtmögliche Teil der Arbeiter um die Führung und unter dem Banner einer kampffähigen und siegesgewissen Kommunistischen Partei schart.

Da die jeweiligen Berufs- und Ortsgruppen nur dahin drängen, die partiellen, durch die direkten Folgen der kapitalistischen Ausbeutung bestimmten Bedürfnisse zu befriedigen, können sich die Arbeiterorganisationen<sup>3</sup> nicht aus sich selbst zu politischen, daher revolutionären Aufgaben erheben. Erst wenn eine politische, durch den *politischen* Beitritt ihrer Mitglieder gekennzeichnete Partei an der Spitze der Arbeiterklasse eingreift, werden all jene einzelnen Antriebe immer mehr zu einer gemeinsamen Auffassung und zielgerichteten Handlung synthetisiert, wodurch die Einzelnen und Gruppen befähigt werden, jeden Partikularismus zu überwinden und die Schwierigkeiten und Opfer für den allgemeinen und entscheidenden Sieg der Arbeiterklasse zu bewältigen bzw. auf sich zu nehmen. Die Bestimmung der Partei als Arbeiter-

<sup>3</sup> Im italienischen Original heißt es: „organizzazione immediata“, wörtlich: unmittelbare Organisation – also auf die unmittelbaren Bedürfnisse und tagespolitischen Forderungen aller Arbeiter unabhängig von ihren politischen Ansichten bezogene Organisationen, wie Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, Selbsthilfvereinigungen, politische Initiativen etc. Wir übersetzen dies mit dem geläufigen, wenngleich weniger deutlichen Wort: Arbeiterorganisation.

partei hat bei Marx und Lenin eine historische und zielgerichtete Bedeutung, ist nicht im hohlen, statistischen bzw. statutenkonformen Sinn zu verstehen.

Jede Auffassung über die innerparteilichen Organisationsfragen, die auf den labouristischen Parteibegriff zurückgeht, stellt eine schwerwiegende theoretische Abweichung dar und läuft Gefahr, in den Opportunismus abzurutschen, denn sie ersetzt das revolutionäre Weltbild durch das demokratische und misst den utopistischen Systemen „eigens ausgeheckter Organisationen“ [Marx] mehr Bedeutung bei als der dialektischen Wirklichkeit des Kräftezusammenstoßes der antagonistischen Klassen. Und durch eine Organisationsformel kann weder die Gefahr einer Versumpfung der revolutionären Bewegung abgewendet noch die notwendige Kontinuität des politischen Kurses bei Parteiführern und -aktivisten sichergestellt werden. Erst recht nicht durch die Formel, nach der nur ein „richtiger“ Arbeiter Kommunist sein kann; eine Formel, die, wie eine lange Erfahrung gelehrt hat, in den allermeisten Fällen (gleich, ob auf Personen oder Parteien bezogen) widerlegt wurde. Die diesbezügliche Garantie muss anderswo gesucht werden, jedenfalls wenn man sich an das grundlegende marxistische Postulat hält: „*Die Revolution ist keine Frage der Organisationsform*“<sup>4</sup>; dieser Grundsatz fasst die ganze Überlegenheit des wissenschaftlichen Sozialismus gegenüber den ersten phantastischen Schilderungen des Utopismus zusammen.

Von dieser Auffassung über das Wesen der Klassenpartei muss ausgegangen werden, um die aktuellen und konkreten Fragen der inneren Organisation der Internationale und der Parteien zu beantworten.

### 3. Aktion und Taktik der Partei

Im Allgemeinen beantwortet die Taktik die Frage danach, wie die Partei auf verschiedene Situationen und auf andere Gruppen, Organe und Einrichtungen in der Gesellschaft einwirkt. Die allgemeinen taktischen Fragen müssen in Einklang mit der Gesamtheit unserer Prinzipien festgelegt werden; in einem zweiten Schritt sind die konkreten Richtlinien für die verschiedenen Tätigkeitsbereiche sowie die historischen Entwicklungsphasen genau zu bestimmen.

Dadurch, dass sie der revolutionären Partei ihren Platz und ihre Aufgabe in der Palingenese der Gesellschaft zuweist, löst die marxistische Theorie die Frage der Freiheit und Determination in der menschlichen Tätigkeit auf die großartigste Art und Weise. Auf die Abstraktion „Individuum“ angewandt, wird diese Frage noch lange der Gegenstand der metaphysischen Blütenlese der Philosophen im Dienste der herrschenden und dekadenten Klasse sein. Der Marxismus indes beleuchtet die Frage von einer wissenschaftlichen und objektiven Gesellschafts- und Geschichtsauffassung aus. So wie wir himmelweit von jener Ansicht entfernt sind, nach der das Individuum nach Belieben und dank einer Art ihm von Gott verliehenen Gabe unerschöpflicher Kreativität auf seine Umwelt einwirkt, sie zu formen bzw. zu verformen vermag, so verwerfen wir auch die voluntaristische Auffassung der Partei, wonach ein kleiner, von einem Glaubensbekenntnis beseelter Kreis diesen Glauben mit einer ungeheuren Willensanstrengung und einem ungezügelten und heroischen Tatendrang in die Welt trägt. Andererseits wäre es eine irriige und törichte Auslegung des Marxismus anzunehmen, dass uns, weil sich der historische und revolutionäre Prozess nach klaren Gesetzen entwickelt, nichts anderes übrig bliebe, als objektiv, sachlich zu erforschen, welches diese Gesetze sind und zu versuchen, Prognosen abzugeben, ohne dass auf dem Gebiet der Aktion irgendetwas zu tun bliebe – eine überaus fatalistische Sicht der Dinge, die gleichbedeutend damit wäre, die Notwendigkeit der Existenz und Funktion der Partei zu leugnen. Der marxistische Determinismus ist kein goldener Mittelweg zwischen diesen beiden Auffassungen, sondern kraft seiner Einzigartigkeit beiden gleichermaßen überlegen. Eben weil sie nicht aprioristisch ist oder sich anmaßt zu behaupten, es gäbe einen einzigen abstrakten Schlüssel für alle Epochen und Gesellschaftsformen, ist die marxistische Lösung dieser Frage dialektisch und historisch. Auch wenn der heutige Stand der Wissenschaft keine vollständige Untersuchung über die Gründe individuellen Handelns erlaubt (wobei vom Physischen und Biologischen ausgegangen werden müsste, um zu einer Wissenschaft des Psychologischen zu gelangen), beantwortet sich die Frage doch auf dem Terrain der Gesellschaftswissenschaft, indem man – wie Marx es tat – die Untersuchungsmethoden der positiven und experimentellen Wissenschaft anwendet, deren Erbe der Mar-

<sup>4</sup> Aus den Leitsätzen über kommunistische Grundsätze und Taktik: „5. (...) Die Anschauung, als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, dass die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei, wird als Rückfall in kleinbürgerliche Utopie abgelehnt“. Bericht über den II. Parteitag der KPD (Spartakusbund) vom 20. - 24. Oktober 1919 in: „Der deutsche Kommunismus – Dokumente 1915-45“, S. 75, 1963.

xismus antrat und die nicht zu verwechseln sind mit den Methoden, die die angeblich materialistische und positivistische Philosophie in der Kindheitsphase der bürgerlichen Klasse anwandte. Wenn man also mit dem kritischen Studium der Ökonomie und Geschichte – und alle überkommenen ideologischen Vorurteile hinter sich lassend – die wechselseitigen Beziehungen der Individuen analysiert, kann die Unbestimmtheit in den individuellen Prozessen außer Acht gelassen werden. Von hier aus gelangt der Marxismus zu einem System von Kenntnissen, das kein in alle Ewigkeit geltendes Evangelium ist, sondern ein lebendiges Werkzeug, um die Gesetzmäßigkeiten des geschichtlichen Werdegangs zu erkennen und zu befolgen. Das Fundament dieser Theorie bilden die Marx'schen Entdeckungen über den ökonomischen Determinismus, so dass die Untersuchung der Produktionsweisen und -verhältnisse sowie der Entwicklung der technischen Produktionsmittel die objektive Grundlage liefert, auf der die Darstellung der Gesetze des gesellschaftlichen Lebens und in einem gewissen Maße auch die Voraussage der weiteren Entwicklung gegründet werden können. Nachdem wir all dies kurz in Erinnerung gerufen haben, muss gleich dazu gesagt werden, dass die schließliche Lösung nicht immanent ist, so als müsse dieser Universalschlüssel nur gefunden werden, um mit Recht sagen zu können: Wenn sich die ökonomischen Phänomene nur frei entfalten können, wird unweigerlich eine bestimmte Reihe politischer Ereignisse eintreten.

Unsere Kritik spricht nicht so sehr dem, was die Einzelnen (auch wenn sie als Protagonisten der geschichtlichen Ereignisse gelten) für ihre Handlungen halten, jegliche Bedeutung ab, wohl aber den Absichten und Zielsetzungen, die sie glauben ihren Handlungen zugrunde zulegen. Doch gleichzeitig lässt sich nicht abstreiten, dass ein kollektiver Organismus, wie die Klassenpartei, über Entschlusskraft und Willen verfügt und verfügen muss. In unseren grundlegenden Texten ist die Lösung dieser Frage immer wieder dargelegt worden.

Die Menschheit und ebenso ihre mächtigsten Vereinigungen wie Klassen, Parteien und Staaten nehmen sich fast wie ein Spielball in den Händen der ihnen bis heute zum größten Teil unbekanntem ökonomischen Gesetze aus: Diese Vereinigungen haben weder eine theoretische Kenntnis der ökonomischen Prozesse noch die Möglichkeit, sie zu bestimmen und zu lenken. Doch für die in der heutigen geschichtlichen Epoche auftretende Klasse, das Proletariat, und ihre politischen Vereinigungen (Partei und Staat, die es aus sich selbst hervorbringen muss), stellt sich die Frage anders. Es ist die erste Klasse, die keinen Grund hat, ihre Machtergreifung durch soziale Privilegien und Klassentrennung abzusichern und eine neue Klasse zu unterwerfen und auszubeuten. Gleichzeitig ist sie die erste, die befähigt ist, die Theorie der ökonomischen, historischen und gesellschaftlichen Entwicklung aufzustellen, eben den marxistischen Kommunismus.

Zum ersten Mal also kämpft eine Klasse für die Aufhebung der Klassen überhaupt und für die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, und nicht allein für eine Umwandlung der gesellschaftlichen Eigentumsformen.

Zusammen mit seiner Emanzipation von der heute herrschenden und privilegierten Klasse besteht das Programm des Proletariats in der Emanzipation des menschlichen Gemeinwesens von der Versklavung durch die ökonomischen Gesetze, um sie endlich planmäßig und wissenschaftlich zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen, und die Ökonomie durch das ihr selbst vorausgesetzte Eingreifen des Menschen zu beherrschen. In diesem Sinn und aus diesem Grund schrieb Engels, dass die proletarische Revolution „der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“<sup>5</sup> ist.

Freiheit hat jedoch nichts damit zu tun, den trügerischen Mythos des Individualismus wieder aufleben zu lassen, der das Ich von den Einwirkungen seiner Außenwelt befreien will, während das Geflecht dieser Einwirkungen in Wirklichkeit immer feinmaschiger wird und sich das Leben des Einzelnen immer weniger vom gemeinschaftlichen Leben loslösen lässt. Nein, die Frage stellt sich hier auf einer anderen Ebene; Freiheit und Wille sind Attribute einer Klasse, die dereinst ein homogenes Gemeinwesen sein wird, und dann nur noch gegen die feindlichen Kräfte der äußeren physischen Welt zu kämpfen hat.

Wenn auch erst die proletarische Menschheit<sup>6</sup>, von der wir noch weit entfernt sind, frei sein und einen

<sup>5</sup> MEW 19: Engels – Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1880), S. 226.

<sup>6</sup> Zur Erinnerung: Proletariat kommt von *proles* (lat.), was „Nachkommen“ heißt; im Wort selbst ist demnach die enge individuelle Anschauung schon ausgelöscht.

Willen haben wird, der keine gemütsbewegende Illusion ist, sondern die Fähigkeit hat, die Ökonomie im weitesten Sinne des Wortes zu beherrschen und zu organisieren; und wenn auch die proletarische Klasse einstweilen, wenngleich weniger stark als die anderen Klassen, auf ihrem eigenen Handlungsterrain von fremden Einflüssen *determiniert* ist, gibt es doch ein Organ, in dem sich das Maximum an Willens- und Entschlusskraft für alle Tätigkeits- und Kampfbereiche zusammenballt, nämlich die politische Partei – natürlich nicht irgendeine, sondern die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, die durch ein einziges Band mit den höchsten Zielen des historischen Werdegangs verbunden ist. Diese Willenskraft in der Partei ist ebenso wie ihr theoretisches Bewusstsein und Rüstzeug eine spezifisch kollektive Funktion. Der Marxismus erklärt die Funktion der Führer, indem er sie als Werkzeuge begreift, durch die das Vermögen, die Ereignisse zu verstehen und zu erklären und den Kampf zu wollen und zu leiten, am besten zum Ausdruck kommt – die Quelle dieser Fähigkeiten bleibt jedoch immer an die Existenz und die Merkmale des kollektiven Organs gebunden. Das sind die Gründe, weshalb die marxistische Auffassung von der Partei und ihrem Kampf, wie schon gesagt, sowohl vor dem Fatalismus als auch vor jeder voluntaristischen Haltung im individuellen Sinn zurückschreckt. Wenn Ersteres dadurch gekennzeichnet ist, den Phänomenen, auf die man nicht einzuwirken weiß, passiv entgegenzusehen und dahin führt, vielleicht nicht die Funktion und Bedeutung der Partei überhaupt zu leugnen, so doch jedenfalls dazu, sie kurzerhand der Arbeiterklasse im rein ökonomisch-numerischen Sinn zu adaptieren, zeichnet sich die voluntaristische Haltung ihrerseits dadurch aus, von jedem Parteimitglied theoretische Klarheit, Willensstärke und Opfergeist, kurz, besonders sittliche, besonders „reine“ Haltungen zu verlangen. Das Ergebnis besteht dann darin, die Partei als *élite* anzusehen, die sich von der Arbeiterklasse löst und über ihr steht. Die in der vorhergehenden These über das Wesen der Partei angedeuteten Schlussfolgerungen werden so nochmals bekräftigt, denn ebenso wie der arbeitertümlerische Begriff wird der der intellektuellen und moralischen *élite* verurteilt; beide sind dem Marxismus fremd und treffen sich auf dem Weg, der in den Opportunismus mündet.

Da die Lösung der Frage der Taktik auf demselben Boden wie die Frage des Wesens der Partei gefunden wird, ist die marxistische Lösung zu unterscheiden:

- von der theoretischen Loslösung gegenüber der Realität des Klassenkampfes, die sich mit abstrakter Gelehrsamkeit zufrieden gibt und die konkrete Aktivität hintanstellt;
- vom moralischen Ästhetizismus<sup>7</sup>, der durch große Taten und die heroische Haltung winziger Minderheiten neue Situationen und historische Bewegungen hervorzubringen sucht;
- vom Opportunismus, der das Gebundensein an die Prinzipien, also an die allgemeinen Ziele der Bewegung außer Acht lässt und um des unmittelbaren, scheinbaren Erfolgs willen für einzelne und beschränkte Forderungen eintritt, ohne sich zu fragen, ob sie der notwendigen Vorbereitung auf die höchsten Eroberungen der Arbeiterklasse widersprechen oder nicht.

Die anarchistische Politik leidet sowohl unter theoretischer Sterilität, also unter der Unfähigkeit, die dialektischen Etappen des wirklichen historischen Verlaufs zu begreifen, als auch unter der voluntaristischen Illusion, laut der sich gesellschaftliche Prozesse durch das Beispiel und die Opferbereitschaft einiger weniger abkürzen lassen. Die sozialdemokratische Politik geht sowohl auf eine theoretisch fatalistische Auffassung des Marxismus zurück, wonach die Revolution langsam und von selbst heranreifen werde, also ohne dass sich der proletarische Wille in einer Insurrektion manifestiert, als auch auf einen voluntaristischen Praktizismus, der auf sofortige Ergebnisse seiner täglichen Initiativen und Interventionen nicht verzichten mag und sich deshalb damit begnügt, für Ziele zu kämpfen, die bestimmten Arbeitergruppen (aber nur dem Anschein nach) zum Vorteil gereichen. Es geht dann schlicht um der Unternehmerschaft und dem bürgerlichen Staat abgerungene Reformen, Zugeständnisse, partielle Vorteile wirtschaftlicher oder politischer Natur. Statt auf den Sieg des Proletariats hinzuwirken wird so nur der Herrschaftssicherung der bürgerlichen Klasse in die Hände gespielt.

Werden theoretische Bestimmungen der „modernen“ voluntaristischen und pragmatischen Philosophie idealistischer Prägung (Bergson, Croce, Gentile) künstlich in die Klassenbewegung importiert, bereitet

---

<sup>7</sup> Die Ästhetisierung des Klassenkampfes geht auf einen der „Väter“ des Syndikalismus, Georges Sorel, zurück, der Kapital und Arbeit zu zwei mythischen Kämpfergestalten emporstilisierte. Die Produzentenideologie Sorels (und Proudhons) hatte einen gewissen Einfluss auf die revolutionären Syndikalisten (die auch in Italien lange Zeit den linken Flügel der Sozialistischen Parteien repräsentierten) und später auch auf Gramsci als Ideologen der Turiner Fabrikarbeiterbewegung.

dies nur die opportunistische Durchsetzung neuer reformistischer Phasen vor – kann daher nicht als Reaktion auf den Reformismus ausgegeben werden, weil dieser in gewisser Weise „verwandt“ mit dem bürgerlichen Positivismus ist.

Die Parteiarbeit steht nicht vor der Scheinalternative, entweder die Reinheit der theoretischen Prinzipien und organisatorischen Geschlossenheit zu wahren oder um jeden Preis unmittelbare Erfolge und große Popularität zu erringen. Sie umfasst zu jeder Zeit und in jeder Lage folgende drei Faktoren:

a) die grundlegenden programmatischen Postulate, d.h. das theoretische Bewusstsein der Bewegung der Arbeiterklasse, müssen gegenüber allen neuen Erscheinungen verteidigt und immer genauer formuliert werden;

b) die Kontinuität der organisatorischen Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei muss ebenso gewährleistet werden wie ihre Verteidigung gegenüber der Vergiftung durch Einflüsse, die dem revolutionären Interesse des Proletariats fremd und entgegengesetzt sind;

c) an allen auch durch Teilinteressen hervorgerufenen Kämpfen der Arbeiterklasse muss aktiv teilgenommen werden, um deren Entwicklung voranzutreiben, wobei stets die Verbindung mit den höchsten revolutionären Zielen hereinzubringen ist und die siegreichen Kämpfe als Brücken zu den unerlässlichen zukünftigen Kämpfen aufzuzeigen sind; so treten wir der Gefahr entgegen, sich nach Teilsiegen zurückzulehnen und nicht mehr nach den Bedingungen der Aktion und Kampflust des Proletariats zu fragen – wie auch der Selbständigkeit und Unabhängigkeit seiner Theorie und seiner Organisationen, zuallererst der Partei.

Das höchste Ziel dieser gesamten Parteitätigkeit besteht darin, die *subjektiven* Bedingungen für die revolutionäre Vorbereitung des Proletariats zu schaffen, d.h. es zu befähigen, die objektiven revolutionären Möglichkeiten, sobald sie historisch auftreten, zu nutzen, damit es aus dem Kampf nicht als Geschlagener, sondern als Sieger hervorgeht.

All dies muss man im Auge behalten, wenn man die Fragen nach den Beziehungen zwischen der Partei und den proletarischen Massen, zwischen der Partei und den anderen politischen Parteien und zwischen dem Proletariat und den anderen Gesellschaftsklassen klären will. Falsch ist folgende taktische Aussage: Jede wirkliche kommunistische Partei hat *in jeder Lage* eine Massenpartei zu sein, muss also eine sehr große Mitglie­derzahl haben und über den ausschlaggebenden politischen Einfluss in der Arbeiterschaft verfügen. Diese Aussage ist eine Karikatur der These Lenins, der 1921 eine praktische und auf eine bestimmte Situation bezogene vollkommen richtige Losung formulierte, nämlich dass es zur Eroberung der Macht nicht ausreicht, „wahrhaft“ kommunistische Parteien zu haben, die in den entscheidenden Kampf geworfen werden, sondern dass dazu numerisch starke Parteien mit breitesten Einfluss im Proletariat unabdingbar sind. Diese These ist gleichbedeutend mit der Aussage, nach der die Partei in der der Machteroberung direkt vorhergehenden Phase die Massen auf ihrer Seite, sie wirklich erobert haben muss. Gefährlich an dieser Formulierung ist nur der Ausdruck „Mehrheit der Massen“, denn er setzt die „buchstabentreuen“ Leninisten der Gefahr sozialdemokratischer Auslegungen sowohl in Bezug auf die Theorie wie auch der Taktik aus. Zum anderen: Auch wenn dies eine vollkommen richtige Auffassung ausdrückt und der praktischen Gefahr vorbeugt, mit ungenügenden Kräften und in noch nicht reifen Momenten „Verzweiflungsaktionen“ durchzuführen, setzt man sich doch – solange nicht gesagt wird, wo man die Mehrheit haben muss, ob in den Parteien, den Gewerkschaften oder in anderen Organen – einer anderen Gefahr aus, nämlich vom Kampf gerade dann abzulenken, wenn er möglich ist und sich gebieterisch aufdrängt, also mit wirklich „leninistischer“ Entschiedenheit und Entschlusskraft aufzunehmen ist. Dass die Partei am Vorabend des Kampfes um die Macht die Massen auf ihrer Seite haben muss, ist in der törichten Auslegung der heutigen Pseudoleninisten zu einer Formel mit überaus opportunistischem Klang geworden, wenn nämlich behauptet wird, die Partei müsse „in jeder Lage“ eine Massenpartei sein. Nun, es gibt Situationen, die für die Revolution objektiv ungünstig sind, die hinsichtlich des Kräfteverhältnisses weit von ihr entfernt sind (auch wenn sie zeitlich gesehen weniger entfernt sein können, da die historische Entwicklung – wie der Marxismus lehrt – ganz verschiedene Geschwindigkeiten aufweist). Will man in einer solchen Situation um jeden Preis Massenparteien haben, lässt sich das nur machen, wenn man auf die kommunistischen Grundsätze und Methoden verzichtet und eine sozialdemokratische und kleinbürgerliche Politik betreibt. Man muss offen sagen, dass das Proletariat in bestimmten Situationen, ob vergangenen, gegenwärtigen oder zukünftigen, in seiner Mehrheit zwangsläufig eine Stellung bezieht, in der es sich nicht-revolutionär oder träge verhält, oder sogar mit dem Feind kollaboriert; dennoch und trotzdem bleibt

das Proletariat immer und überall die potentiell revolutionäre Klasse und Träger der revolutionären Erhebung, solange seine Kommunistische Partei sich nicht darauf einlässt (und ohne je eine Gelegenheit zu grundsätzlichen Aussagen und Erklärungen auszulassen), den scheinbar leichteren Weg zu gehen, der vielleicht sofortige Popularitätserfolge verspricht, aber die Partei von ihrer Aufgabe abbringen und dem Proletariat den unerlässlichen Stützpunkt für die Wiederaufnahme seines Kampfes nehmen würde. Auf diesem dialektischen und marxistischen, nie jedoch ästhetischen und moralischen Boden stehend, ist die ungeheuerliche opportunistische Formel rigoros zurückzuweisen, derzufolge eine kommunistische Partei die Freiheit habe, alle Mittel auszuschöpfen und alle Methoden anzuwenden. Es wird behauptet, gerade weil die Partei wahrhaft kommunistisch ist, also feste Grundsätze hat und organisatorisch gefestigt ist, sind alle Kunstgriffe des politischen Manövers erlaubt; dabei wird aber vergessen, dass die Partei für uns nicht nur Faktor, sondern gleichzeitig Produkt der historischen Entwicklung ist und das Proletariat den Kräften dieser Entwicklung noch stärker ausgesetzt ist als die Partei. Beeinflusst wird das Proletariat jedenfalls nicht durch das, was sich die Parteiführer als Rechtfertigung gewisser „Manöver“ zurechtlegen, sondern durch die tatsächlichen Folgen dieser Manöver, die man vorhersehen können muss, indem aus den bitteren Erfahrungen früherer Fehler gelernt wird. Nicht allein mithilfe theoretischer Glaubensbekenntnisse oder organisatorischer Sanktionen wird sich die Partei gegen Entgleisungen schützen, sondern nur, wenn sie auf dem Terrain der Taktik zu handeln weiß und durch genau bestimmte und von allen anerkannte Aktionsregeln verhindert, dass falsche Wege eingeschlagen werden.

Ein weiterer Fehler in der allgemeinen Frage der Taktik, der direkt auf die klassisch opportunistische und von Marx und Lenin widerlegte Position zurückführt, ist folgende Aussage: Natürlich wird die Partei dereinst Faktor der definitiv proletarischen Revolution sein; da sich die Partei aber bewusst ist, dass die Bedingungen dafür nur durch die Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Formen heranreifen, muss sie sich, wenn „im Vorfeld“ Klassen- und Parteienkämpfe entstehen, zwischen zwei gegnerischen Kräften auf diejenige Seite schlagen, die eine bessere Ausgangslage für die allgemeine historische Entwicklung bietet und diese dann mehr oder minder offen unterstützen und sich mit ihr verbünden.

Die Prämisse einer solchen Politik stimmt zunächst deshalb nicht, weil dieses typische Schema einer in allen Einzelheiten festgesetzten gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, das dem definitiven Anbruch des Kommunismus optimal aufeinanderfolgende Phasen vorhergehen lässt, eine ausgesprochen opportunistische Lesart des Marxismus ist und die Basis für alle Kautskys bildet, die russische Revolution und die heutige kommunistische Bewegung zu diffamieren. Ebenso wenig lässt sich die allgemeine These aufstellen, wonach die besten Bedingungen für eine schlagkräftige Parteiarbeit in bestimmten bürgerlichen Regierungsformen zu finden seien, etwa in den am meisten demokratischen: Wenn reaktionäre und „rechte“ Maßnahmen der bürgerlichen Regierungen das Proletariat in der Tat oft gebremst haben, so haben die liberale und linke Politik den Klassenkampf noch öfter gelähmt und die Arbeiterklasse von entscheidenden Kämpfen abgelenkt. Viel genauer bewerten wir diesen Punkt – gemäß dem Marxismus, der den demokratischen, evolutionistischen und „progressiven“ Zauber der bürgerlichen Epoche gebrochen hat –, wenn wir feststellen, dass die Bourgeoisie ihre konterrevolutionären Interessen durch einen Wechsel ihrer Regierungsmethoden und -parteien durchzusetzen sucht, was ihr ja auch oft gelingt. Unsere gesamte Erfahrung lehrt uns, dass der Opportunismus immer dann gesiegt hat, wenn er das Proletariat durch die sukzessiven Regierungsumbildungen auf Trab halten konnte.

Zweitens, selbst wenn es stimmen würde, dass gewisse Regierungswechsel der weiteren Entwicklung des proletarischen Kampfes nutzen, zeigt die Erfahrung doch zur Genüge, dass dies nur unter einer Bedingung zutrifft, nämlich der Existenz einer Partei, die die Massen frühzeitig vor der Enttäuschung gewarnt haben wird, die auf die vermeintlich unmittelbaren Erfolge eintreten muss; mithin der Existenz einer Partei, die zeigt, auch vor dem höchsten Kampf selbständig zu handeln, denn das Proletariat folgt ihr aufgrund ihrer konkreten Haltung und nicht, weil die Partei nach bestimmten Schemata, die ihr ins Konzept passen, agiert. Im Laufe der dem Entscheidungskampf vorhergehenden Gefechte wird die Kommunistische Partei daher keine Aktionen leiten oder Reformen durchsetzen, die die Klasse, deren organischer Ausdruck sie ist, nicht direkt angehen. Und ebenso wenig wird sie ihren Charakter und ihre selbständige Haltung gegen eine Art Versicherungsgesellschaft für alle angeblich politischen „Erneuer“ eintauschen, oder gar für alle Systeme und Regierungen, deren Bestehen das, wie man sagt, „kleinere Übel“ darstelle.

Gegen diese notwendige Aktionslinie wird so oft wie falsch Marx' Aussage aus dem „Manifest“ vorge-

bracht, nach der die Kommunisten überall „jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände“ unterstützen, ferner alle Ausführungen Lenins über die „Kinderkrankheit des Kommunismus“. Das Spintisieren unserer Bewegung über diese Formulierungen unterscheidet sich seinem innerem Wesen nach nicht von dem, was Revisionisten und Zentristen seit jeher gemacht haben, wenn sie – ob ihre Führer nun Bernstein<sup>8</sup> oder Nenni<sup>9</sup> hießen – meinten, sich im Namen Marx' und Lenins über die marxistischen Revolutionäre mokieren zu können.

Zunächst sind zu jenen Aussagen Marx' und Lenins zwei Anmerkungen zu machen. Sie beziehen sich, erstens, auf bestimmte historische Situationen: Bei Marx auf das noch nicht bürgerliche Deutschland und bei der von Lenin in seiner Schrift erläuterten bolschewistischen Erfahrung auf das zaristische Russland. Auf diesen beiden Grundlagen allein kann die taktische Frage, wie sie sich in ihrer klassischen Form stellt – d.h. wenn das Proletariat mit einer voll entwickelten kapitalistischen Bourgeoisie im Kampf steht –, nicht gelöst werden. Zweitens: Die Unterstützung, von der Marx, und die „Kompromisse“, von denen Lenin spricht (als großartiger marxistischer Dialektiker konnte Lenin, der den Ausdruck „Kompromiss“ anderen vorzog, es sich leisten, damit zu „kokettieren“, denn er bleibt der Meister der nicht-formellen, wahren, auf ein unveränderliches Ziel gerichteten Kompromisslosigkeit), sind Unterstützungen und Kompromisse gegenüber Bewegungen, die – möglicherweise sogar gegen die Ideologien und den Willen ihrer Anführer – noch gezwungen sind, sich durch die Volkserhebung gegen die alten Formen den Weg zu bahnen. Die Intervention der Kommunistischen Partei zeigt sich hier als Intervention auf dem Boden des Bürgerkrieges: So in den Ausführungen Lenins zur Bauernfrage und zur nationalen Frage, in der Episode Kornilow<sup>10</sup> etc. Aber auch abgesehen von diesen beiden Feststellungen steht der Sinn der Lenin'schen Kritik der „Kindereien“ und aller marxistischen Texte über die Elastizität revolutionärer Politik mitnichten im Gegensatz zu der von Lenin und allen Marxisten absichtlich errichteten Barriere gegen den Opportunismus, welcher von Engels und später von Lenin als „Prinzipienlosigkeit“, d.h. als Preisgabe des höchsten Ziels definiert wird.

Gegen Marx und Lenin wäre es allerdings, die kommunistische Taktik mittels einer formalistischen statt dialektischen Methode zu bestimmen. So wäre es ein ungeheurer Fehler zu behaupten, die Mittel müssten den Zielen entsprechen, wenn man dabei, statt ihrer historischen und dialektischen Aufeinanderfolge im Entwicklungsprozess eine Analogie oder Ähnlichkeit jener Aspekte im Auge hat, die die Mittel und Ziele aus unmittelbarer, wir würden fast sagen, aus ethischer, psychologischer und ästhetischer Sicht annehmen können. Man darf auf dem Gebiet der Taktik nicht den gleichen Fehler machen, den Anarchisten und Reformisten auf dem Gebiet der Prinzipien begehen; ihnen erscheint absurd, dass der Aufhebung der Klassen sowie der Staatsmacht durch die proletarische Klassenherrschaft und ihrer Diktatur der Weg bereitet wird, dass die Abschaffung jeder sozialen Gewalt durchgesetzt werden wird, indem die proletarische Macht ihre revolutionäre offensive und defensive Gewalt gegen die der bestehenden Macht einsetzt. Ebenso irrig wäre die Vorstellung, nach der eine revolutionäre Partei zu jedem Zeitpunkt den Kampf aufnehmen können müsse, ohne das Kräfteverhältnis in Rechnung zu stellen, oder nach der ein Kommunist jederzeit den unbefristeten Streik befürworten oder vor solch wenig erhabenen und unsympathischen Mitteln wie der Täuschung und List, der Spionage usw. zurückschrecken müsse. Die Kritik des Marxismus, die Kritik Lenins an den pseudo-revolutionären Plattitüden, die den Weg des Proletariats verpesteten, ist vom Bemühen geprägt, diese dummen und moralischen Kriterien bei der Lösung der taktischen Fragen aus dem Weg zu räumen. Eine Kritik, die endgültig zum Vermögen der kommunistischen Bewegung gehört.

Wie diese demnach zu vermeidenden falschen taktischen Folgerungen aussehen, zeigt folgendes Bei-

---

<sup>8</sup> Bernstein, Eduard (1850-1932): Führer des opportunistischen Flügels der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale; „Stammvater“ des Revisionismus: „Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles“ [Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 1899].

<sup>9</sup> Nenni, Pietro (1891-1980): Musterexemplar eines Opportunisten, 1914 Mitglied der Republikanischen Partei, Kriegsbefürworter, dann bei den Faschisten. 1921 Mitglied der SPI. Führt nach dem II. Weltkrieg die SPI in ein Bündnis mit der KPI, das er 1956/57 wieder löst, um den Eintritt in eine Mitte-Links Regierung vorzubereiten.

<sup>10</sup> Kornilow, L. G. (1870-1918): Oberbefehlshaber der russischen Armee, putschte gegen die Kerenski-Regierung im September 1917. Mit Hilfe der Bolschewiki und der Bewaffnung der Arbeiter konnte der Putsch niedergeschlagen werden: Diese missglückte Gegenrevolution gab den Bolschewiken den Auftrieb für ihre revolutionäre Offensive.



spiel: Da wir die politische Spaltung der Kommunisten von den Opportunisten durchgesetzt haben, müssen wir jetzt noch die Spaltung von den „gelben“ Gewerkschaften herbeiführen. Nur dank eines organisierten polemischen Schwindels wird seit geraumer Zeit behauptet, die italienische Linke habe ihre Schlussfolgerungen auf Gedankengänge der Art begründet, es sei unter ihrer Würde, sich mit den Führern der opportunistischen Parteien zusammenzusetzen, *et similia*.

Doch Lenins Kritik am Linksradikalismus heißt nicht, dass auf dem Gebiet der Taktik Unbestimmtheit, Chaos und Willkür herrschen sollen und „alle Mittel“ zur Erreichung unserer Ziele erlaubt seien. Zu sagen, die Übereinstimmung der Mittel mit den Zielen ergebe sich schon aus dem von der Partei erworbenen revolutionären Wesen und aus der Mitwirkung hervorragender Männer oder Gruppen, die auf eine glänzende Tradition zurückblicken können, ist eine unmarxistische Wortspielerei, denn die Rückwirkungen, die die von der Partei gewählten Aktionsmittel in der Dialektik von Ursache und Wirkung auf sie selbst haben, werden hier überhaupt nicht in Rechnung gestellt, ebenso wie die Tatsache ignoriert wird, dass wir den „Absichten“, die den jeweiligen Beschlüssen zugrunde liegen, jegliche Bedeutung absprechen – abgesehen vom „Misstrauen“ (im unpersönlichen Sinne des Wortes) gegenüber jenen Absichten, die, wie blutige Erfahrungen der Vergangenheit lehrten, leider immer in Rechnung gestellt werden müssen.

In seiner Schrift über den Linksradikalismus führt Lenin aus, dass hinsichtlich der Verwirklichung des höchsten revolutionären Ziels die Kriterien für die Wahl der taktischen Mittel aus einer klaren Auffassung vom Klassenkampf des Proletariats und seinem Verlauf abgeleitet werden müssen, und es unsinnig wäre, ein bestimmtes taktisches Hilfsmittel zu verwerfen, weil es einem „hässlich“ erscheint und die Bezeichnung „Kompromiss“ verdient: vielmehr sei zu prüfen, ob das fragliche Mittel dem Ziel entspreche oder nicht. Diese Frage ist immer wieder neu zu beantworten und stellt eine gewaltige Aufgabe in der kollektiven Arbeit der Parteien und der Kommunistischen Internationale dar. Wir können zwar sagen, das Erbe der theoretischen Grundsätze Marx' und Lenins sicher in Händen zu halten (ohne deshalb jede weitere theoretische Untersuchung für überflüssig zu halten), doch das Gleiche gilt nicht auf dem Gebiet der Taktik – auch nicht nach der russischen Revolution und den Erfahrungen der ersten Lebensjahre der neuen Internationale, die leider zu früh auf Lenin verzichten musste. Die taktischen Fragen, die komplexer sind als die vereinfachten, gefühlsmäßig gegebenen Antworten der „Linksradikalen“, müssen durch die gesamte internationale kommunistische Bewegung und ihrer gesamten vergangenen und jüngsten Erfahrung noch besser beleuchtet und untersucht werden. Man wird kaum unterstellen können, es sei gegen Marx und Lenin, wenn gefordert wird, bei der Lösung der taktischen Fragen bestimmte Aktionsregeln (nicht so grundlegend und lebenswichtig wie unsere Prinzipien, doch bindend für alle Mitglieder wie auch Leitungsorgane) zu befolgen, wobei verschiedene Entwicklungslinien der jeweiligen Lage in Betracht zu ziehen sind, um mit größtmöglicher Genauigkeit anzugeben, wie sich die Partei zu bewegen hat, sobald eine Situation bestimmte Merkmale aufweist.

Notwendiger Bestandteil der taktischen Beschlüsse sind die Untersuchung und das Verständnis der sich entwickelnden Lage, nicht weil andernfalls „Stegreifentscheidungen“ und „Überrumpelungsmanöver“ nach Gutdünken der Führer ermöglicht würden, sondern weil dadurch der Bewegung signalisiert wird, wann die Zeit für eine möglichst genau vorhergesehene Aktion gekommen ist. Sicher können zukünftige Situationen nur ungefähr und nicht mit Sicherheit vorhergesehen werden – aber dasselbe gilt nicht für die großen taktischen Linien. Wird diese Möglichkeit geleugnet, also bestritten, dass wir die auf verschiedene Entwicklungslinien abgestimmten Vorgehensweisen festlegen können, wird auch die Aufgabe der Partei geleugnet und auf die einzige Garantie verzichtet, die wir geben können, damit sich die Parteikämpfer und die Massen an die Weisungen der Zentrale, und zwar in jeder eintretenden Lage, halten. Nach dieser Seite hin ist die Partei keine Armee und auch kein staatliches Räderwerk, also kein Organismus, in dem die hierarchische Autorität alles und der aus eigenem Antrieb erfolgte Parteibeitritt nichts zählt. Wenn ein Parteimitglied den Weisungen nicht nachkommen will, bleibt ihm, das ist klar, immer ein sanktionsloser Weg offen, nämlich aus der Partei auszutreten. Doch auf der anderen Seite sind Sanktionen nicht ein Beweis für die richtige Taktik. Sie wird sich als richtig erwiesen haben, wenn – infolge einer veränderten Lage, in der der Zentrale keine Zeit bleibt, die Partei oder gar die Massen zu befragen – innerhalb der Arbeiterschaft und der Partei selbst keine unerwarteten Reaktionen eintreten, die der Durchführung der revolutionären Aktion entgegenwirken könnten. Die Kunst vorherzusehen, wie die Parteiaktiven auf die Weisungen reagieren und welche Weisungen die richtige Reaktion hervorrufen werden, ist die Kunst der revolutionären Taktik: Sie wird dann beherrscht, wenn die vergangenen Kampferfahrungen kollektiv ausgewertet und in

klaren Aktionsregeln zusammengefasst wurden. Dadurch, dass die Parteikämpfer die Führung mit der praktischen Umsetzung dieser Regeln betrauen, können sie sicher sein, dass diese ihr Mandat nicht verrät – und sie verpflichten sich ihrerseits, wirklich, nicht bloß dem Anschein nach, die Weisungen der Zentrale entschlossen und nutzbringend zu erfüllen. Da die Partei selbst verbesserungsfähig und nicht vollkommen ist, zögern wir nicht zu sagen, dass der Klarheit und Überzeugungskraft der taktischen Richtlinien vieles unterzuordnen ist, auch wenn dies eine gewisse Schematisierung mit sich bringt. Sollten sich in der einen oder anderen Situation die von uns aufgestellten taktischen Schemata als falsch erwiesen haben, kann man dem nicht durch einen Rückfall in den Opportunismus oder Eklektizismus abhelfen, sondern man wird die Anstrengung erneut machen müssen, damit die taktische Linie mit den Parteaufgaben in Einklang steht. Es ist nicht nur so, dass eine gute Partei eine gute Taktik schafft, sondern auch so, dass eine gute Taktik eine gute Partei schafft, und die gute Taktik kann nur eine sein, deren grundlegende Linien von allen verstanden und anerkannt wurden.

Wir negieren grundsätzlich die Ansicht, dass sich die kollektive Anstrengung und Arbeit der Partei zur Bestimmung der taktischen Richtlinien weitgehend dadurch erübrigt, dass einem Mann, einem Komitee oder einer Sektion der Internationale und ihrem traditionellen Führungsapparat gegenüber Kadavergehorsam geübt wird.

In den Momenten, in denen der Kampf um die Macht seinen Höhepunkt erreicht und der Kampf zu einem großen Teil militärischen Charakter annimmt, erhält die Parteiaktion *strategische* Bedeutung. Doch deshalb reduziert sich ihre Funktion in der Zeit davor nicht auf bloße ideologische, propagandistische und organisatorische Fragen, sondern besteht, wie schon gesagt, in der aktiven Teilnahme an den Tageskämpfen der Arbeiter. Das System der taktischen Richtlinien hat also genau den Zweck, angeben zu können, unter welchen Voraussetzungen das Eingreifen der Partei, ihr Handeln in den Tageskämpfen, ihre *Agitation* inmitten der Arbeiterkämpfe mit dem höchsten revolutionären Ziel übereinstimmt und zugleich die ideologische, organisatorische und taktische Vorbereitung immer besser zu gewährleisten ist.

In den nachstehenden Punkten soll in Bezug auf die einzelnen Bereiche geklärt werden, wie sich diese Ausarbeitung der Richtlinien kommunistischer Aktion im heutigen Entwicklungsstadium der revolutionären Bewegung darstellt.

## **II. Internationale Fragen**

### **1. Die Gründung der III. Internationale**

Die mit dem I. Weltkrieg ausbrechende Krise der II. Internationale wurde unter dem Gesichtspunkt der Wiederherstellung der revolutionären Theorie mit der Gründung der Kommunistischen Internationale vollständig und definitiv gelöst. Auf organisatorischer und taktischer Ebene aber konnte die Krise der proletarischen Bewegung nicht ebenso vollständig gelöst werden, wiewohl die Bildung der KI eine ungeheure historische Errungenschaft darstellt.

Wesentlicher Faktor für die Bildung der neuen Internationale war die russische Revolution, der erste glorreiche Sieg des Weltproletariats. Aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse Russlands stellte die russische Revolution unter dem Gesichtspunkt der taktischen Fragen nicht das allgemeine historische Modell für die Revolution in den anderen Ländern dar, denn die autokratische Feudalmacht wurde durch die Diktatur des Proletariats abgelöst, ohne dass es dazwischen eine Epoche der politischen Herrschaft der Bourgeoisie mit ihrem eigenen organisierten Staatsapparat gegeben hätte.

Doch gerade deshalb hat die Auffassung des marxistischen Programms in der russischen Revolution eine umso größere historische Bestätigung erfahren, was in höchstem Maße dazu beigetragen hat, den sozialdemokratischen Revisionismus auf dem Terrain der Prinzipien zu schlagen. Auf dem Terrain der Organisation aber war der Kampf gegen die II. Internationale, als Bestandteil des Kampfes gegen den Weltkapitalismus, nicht gleichermaßen von Erfolg gekrönt. Es wurden wiederholt Fehler gemacht, weshalb die kommunistischen Parteien nicht jene Schlagkraft erlangt haben, die aufgrund der objektiven Umstände möglich gewesen wäre.

Dasselbe gilt auch in Bezug auf die Taktik. Viele Fragen – die sich gerade auf dem Kriegsschauplatz

stellen, auf dem sich Bourgeoisie, also der moderne und parlamentarische Staat mit seinem historisch konsolidierten Apparat, und Proletariat gegenüberstehen – wurden und werden mangelhaft gelöst; nicht immer haben die kommunistischen Parteien das erreicht, was für den proletarischen Vormarsch gegen den Kapitalismus und für die Beseitigung der sozialdemokratischen Parteien, diesen politischen Organen der bürgerlichen Konterrevolution, möglich gewesen wäre.

## 2. Die wirtschaftliche und politische Weltlage

Die internationale Lage ist für das Proletariat heute weniger günstig, als es in den ersten Nachkriegsjahren der Fall war. Wirtschaftlich gesehen stabilisiert sich der Kapitalismus zum Teil wieder, was aber nur heißt, dass es in bestimmten Bereichen der Wirtschaft weniger Störungen gibt, nicht, dass ein Zustand eintritt, in dem, vielleicht schon bald, das Auftreten neuer Störungen auszuschließen wäre.

Die Krise des Kapitalismus bleibt bestehen und wird sich unweigerlich und definitiv zuspitzen. Auf politischer Ebene ist die revolutionäre Arbeiterbewegung in fast allen fortgeschrittenen Ländern geschwächt, was jedoch glücklicherweise durch die Konsolidierung Sowjetrusslands und den Kampf der Kolonialvölker gegen die kapitalistischen Mächte aufgewogen wird.

Da zugelassen wurde, die Taktik nach der jeweils aktuellen Situation zu bestimmen, birgt diese allgemeine Lage die Gefahr, bei der Bewertung der Fragen des proletarischen Kampfes in den Menschewismus abzugleiten, wie es sich ja schon gezeigt hat. Ferner besteht die Gefahr, dass, weil sich das Gewicht des reinen Klassenkampfes verringert, in der allgemeinen Politik der Komintern die von Lenin genannten Bedingungen für die richtige Anwendung der Taktik in der Nationalitäten- und Bauernfrage fehlen.

Auf die proletarische Offensive der Nachkriegszeit folgte eine Offensive der Unternehmer gegen die Stellungen der Arbeiter, worauf die Komintern mit der Parole der Einheitsfront reagierte. Dann zeichnete sich in verschiedenen Ländern das Problem der demokratisch-pazifistischen „Ära“ ab und zu Recht wies Genosse Trotzki auf die Gefahr der Versumpfung hin, die dadurch für unsere Bewegung entstand.<sup>11</sup> Man darf die Lage nicht so deuten, als sei der Kampf zwischen zwei Flügeln der Bourgeoisie, dem rechten und dem linken, auf tiefe soziale Unterschiede zwischen ihnen zurückzuführen und als sei dies für das Proletariat von grundlegender Bedeutung.

Die richtige Auslegung ist die, dass die herrschende Klasse mehrere Regierungs- und Verteidigungsmethoden besitzt, die sich im Wesentlichen auf zwei reduzieren lassen: die reaktionäre bzw. faschistische und die liberal-demokratische.

Ausgehend von der ökonomischen Analyse beweisen die Thesen Lenins, dass die modernsten Schichten der Bourgeoisie nicht nur den Produktionsapparat, sondern auch ihre politische Verteidigung sehr entschlossen zu zentralisieren suchen.

Es lässt sich daher allgemein nicht behaupten, der Übergang zum Kommunismus müsse eine Phase der bürgerlichen Linksregierung durchlaufen. Die Lage mag sich in besonderen Fällen so entwickeln, doch dann wäre die Bedingung für den Sieg des Proletariats eine Taktik, mit der die Partei die Illusionen, die man sich über das Erscheinen einer Linksregierung macht, bekämpft; und auch, wenn eine rechte Regierung an den Machthebeln sitzt, schwächt sie ihre Opposition gegen die linksbürgerliche Politik kein bisschen ab.

## 3. Die Arbeitsweise der Internationale

Zu den wichtigsten Aufgaben der KI gehörte, das Vertrauen der Arbeiter in die politische Aktion wiederherzustellen, das durch die parlamentarische Versumpfung des Opportunismus zerstört worden war.

Für den Marxismus ist Politik nicht die gemeinhin ausgeübte Kunst oder Technik, mit der die Parteien

---

<sup>11</sup> Trotzki: „Was die Gefahr von rechts dagegen ist und bleibt, ist die Versumpfung der kommunistischen Parteien durch den Einfluss der gesamten bürgerlichen Gesellschaft (...). „Wir sind absolut nicht gegen eine neue, in ihrer Art großartige Verdummungs- und Betäubungsperiode der Arbeiterklasse durch pazifistisch-reformistische Tendenzen gesichert.“ Protokoll des IV. Weltkongresses der KI, S. 294/95; Hamburg, 1922.

ihre jeweiligen Ziele mithilfe parlamentarischer oder diplomatischer Machenschaften zu erreichen suchen. Die proletarische Politik steht den Methoden der bürgerlichen Politik diametral entgegen; sie antizipiert höhere Formen von Beziehungen, um in der Kunst des revolutionären Aufstands zu gipfeln. Diese tiefe Kluft, die wir hier nicht näher theoretisch erläutern wollen, ist unverzichtbare Voraussetzung für das enge Band zwischen dem revolutionären Proletariat und seinem kommunistischen Generalstab bzw. der Auswahl seines Führungspersonals.

Die Arbeitspraxis der Internationale widerspricht heute dieser revolutionären Notwendigkeit. In den Beziehungen zwischen den Organen der kommunistischen Bewegung herrscht oftmals eine Politik vor, die zwei Seiten hat; die theoretischen Begründungen werden den jeweils momentanen Beweggründen untergeordnet, und es herrscht ein System persönlicher Absprachen und Übereinkünfte vor, deren Ergebnisse zu schweren Enttäuschungen geführt haben, da es nicht gelang, das Band zwischen Parteien und Massen fest und dauerhaft zu knüpfen.

In den richtungsweisenden Beschlüssen der Internationale finden Improvisationen, bruske Wendungen und Szenenwechsel allzu leicht Eingang, was bei den Genossen und den Arbeitern nur Verwirrung stiften kann. Dies ist zum Beispiel bei den meisten innerparteilichen Fragen der Fall, deren Lösungen immer wieder mühsam durch das Einschreiten der internationalen Organe und Weltkongresse herbeigeführt und bei den verschiedenen Führungsgruppen durchgesetzt werden, was nicht heißt, dass sie für den Bildungs- und Wachstumsprozess der Parteien fruchtbar sind.

#### 4. Die Organisationsfragen

Bei der Gründung der KI, als noch mit einem raschen Entwicklungstempo der objektiven Situation gerechnet wurde, nahm die Überlegung, die revolutionären Kräfte schnell zu sammeln, großen Raum ein. Es hat sich jedoch gezeigt, dass es besser gewesen wäre, bei den Organisationskriterien mit größerer Strenge vorzugehen. Was den Bildungsprozess der Parteien und die Eroberung der Massen angeht, ist man weder durch die Zugeständnisse an syndikalistische und anarchistische Gruppen weiter gekommen, noch durch die an den 21 Punkten<sup>12</sup> vorgenommenen Abstriche zugunsten der Zentristen, auch nicht durch die mittels politischer „Noyautage“<sup>13</sup> erfolgte Verschmelzung mit anderen Parteien bzw. Teilen davon, oder dadurch, in bestimmten Ländern eine zweite kommunistische Organisation, nämlich mit sympathisierenden Parteien, zu dulden. Die nach dem V. Weltkongress ausgegebene Parole, die Parteien auf Grundlage von Betriebszellen zu organisieren, erfüllt nicht ihren Zweck, die von allen Sektionen der Internationale zugegebenen Mängel zu beheben.

Die allgemeine Durchsetzung dieser Parole, besonders ihre Auslegung seitens der italienischen Zentrale, ist ein Grund für die schweren Fehler und Abweichungen sowohl vom marxistischen Postulat, nach dem die Revolution keine Frage der Organisationsform ist, als auch von der leninistischen These, nach der eine einmal gefundene organisatorische Lösung nie für alle Zeiten und Räume gültig sein kann.

Für die Parteien, die in der heutigen Epoche in den bürgerlichen Ländern mit stabilen parlamentarischen Regierungen tätig sind, ist der auf Betriebszellen beruhende Organisationstypus sehr viel weniger geeignet als der Typus der territorialen Organisation, der Ortsgruppen. Theoretisch falsch ist die Aussage, es seien die sozialdemokratischen Parteien, die sich auf Basis von Ortsgruppen organisierten, während die Betriebszellengrundlage die wahrhaft kommunistischen Parteien kennzeichne. Der Zellentypus erschwert vielmehr die Aufgabe der Partei, die Arbeiter aller Berufs- und Industriezweige zu vereinigen; eine Aufgabe, die umso schwerer ist, je ungünstiger die Lage und je eingeschränkter die Möglichkeiten, das Proletariat zu organisieren. Die Zellenform, die für die ausschließliche Grundlage der Partei gehalten wird, geht mit verschiedenen praktischen Nachteilen einher. Im zaristischen Russland lagen die Dinge anders, weil sich das Verhältnis zwischen Industrieunternehmern und Staat anders darstellte und bei der zentralen Frage der Übernahme der Macht, der Korporativismus keine sehr große Gefahr war.

<sup>12</sup> Nach Ansicht der Linken um Bordiga sollte Punkt 16 (in der Endfassung Punkt 15) der Aufnahmebedingungen der KI genauer und schärfer gefasst werden, um zu verhindern, dass die alten, an die sozialdemokratischen Programme gebundenen Parteien der Komintern beitreten können, ohne ihre politische Ausrichtung und Taktik aufzugeben.

<sup>13</sup> Noyautage (frz.): das damals gebräuchliche Wort für Unterwanderung, Zellenbildung.

Durch den Zellentypus erhöht sich nicht der Einfluss der Arbeiter in der Partei, denn in allen höheren Entscheidungsorganen gibt es einen Apparat von Funktionären, der aus Nicht-Arbeitern oder ehemaligen Arbeitern besteht. Hinsichtlich der Mängel in der Arbeitsweise der Internationale entspricht die Losung der „Bolschewisierung“ als Organisationsformel einer platten und unzulänglichen Übertragung der russischen Erfahrung; in vielen Ländern sehen wir bereits die, wenn auch ungewollte Lähmung der spontanen Initiativen und proletarischen Klassenenergien durch einen Apparat, dessen Auswahl und Funktion nach größtenteils formalen Kriterien erfolgt.

Den Typus der Ortsgruppen beizubehalten bedeutet nicht, auf Parteizellen in den Betrieben zu verzichten: Dies muss durch kommunistische Gruppen gewährleistet werden, die in ständiger Verbindung zur Partei und unter ihrer Leitung stehen und in die Gewerkschaftsarbeit eingegliedert sind. Dadurch ist eine viel bessere Fühlung mit den Massen möglich und die eigentliche Parteiorganisation ist weniger angreifbar.<sup>14</sup>

## 5. Disziplin und Fraktionen

Bei allen Streitfragen ist die letzte Instanz das internationale Zentralorgan, das EKKI, in welchem der Kommunistischen Partei Russlands, wenn nicht der Hierarchie nach, so doch jedenfalls politisch eine Hegemonie zuerkannt wird.

Ein anderer Aspekt der „Bolschewisierung“ ist zu glauben, die Schlagkraft der Partei durch eine absolute Disziplin gegenüber der Parteizentrale und das strenge Verbot des Fraktionismus garantieren zu können.

Doch diese Garantie gibt es in Wirklichkeit nicht; überhaupt ist die ganze Frage falsch gestellt. Man hat nicht verhindern können, dass sich der Fraktionismus de facto in der Internationale breit gemacht hat; im Gegenteil sind dessen verhohlene und heuchlerische Formen objektiv gestärkt worden. Und historisch gesehen war die Überwindung der Fraktionen in der russischen Partei auch keinem Kunstgriff oder einem auf statutarischer Ebene eingesetzten Wundermittel geschuldet, sondern Resultat und Ausdruck der richtigen theoretischen und politisch-praktischen Fragestellungen.

Disziplinarische Sanktionen sind eines der Elemente, um Entgleisungen abzuwehren; Bedingung ist aber, dass sie Ausnahmefällen vorbehalten bleiben und nicht zur Regel und beinahe zum Ideal des Parteiens Lebens werden.

So wie die Lösung der Frage nicht darin besteht, auf einen absoluten Autoritätsanspruch zu pochen (zumal es auch keinen Grund dafür gibt, denn so großartig die historischen Erfahrungen Russlands sind, sind sie doch unvollständig, und zum anderen gibt es in der alten Garde selbst, der Hüterin der bolschewistischen Traditionen, in der Tat Meinungsverschiedenheiten, deren Beilegung nicht a priori auch die Lösung ist), so liegt sie ebenso wenig darin, ordnungsgemäß die formellen demokratischen Prinzipien anzuwenden, in denen der Marxismus nicht mehr als ein organisatorisch-praktisch leicht zu handhabendes Verfahren sieht.

Die kommunistischen Parteien müssen einen organischen Zentralismus verwirklichen, der das größtmögliche Stimmrecht der Basis sichert und gewährleistet, so dass jede Gruppe, die eine andere Ansicht vertritt, von selbst ausscheidet. Dies erreicht man nicht durch formelle und mechanische, von oben dekretierte Vorschriften, sondern, wie Lenin sagt, durch die richtige revolutionäre Politik.

Wesentlicher Bestandteil des Parteilebens ist nicht, den Fraktionismus zu unterdrücken, sondern im Gegenteil ihn zu verhindern.

---

<sup>14</sup> Hermann Weber merkt an, dass in Deutschland die Umstellung nur spärlich gelang: 1927 waren 15% und 1928 sogar nur 12% der Parteimitglieder in Betriebszellen organisiert, was zum Teil auf die schwache Verankerung der KPD in den Betrieben zurückzuführen war. Ein anderer Aspekt: In den großen Ortsversammlungen gab es lebhaft innerparteiliche Auseinandersetzungen, während in den kleineren betrieblichen Zellen der Apparat seinen Einfluss leichter geltend machen konnte, der Opposition fehlten dazu schlichtweg die Kräfte. Weber: „Die Wandlung des deutschen Kommunismus, S. 261 ff., 1969.

Es wäre absurd, steril und obendrein äußerst gefährlich zu behaupten, die Partei und die Internationale seien auf irgendeine wundersame Art und Weise vor jeden Rückfall oder jede Tendenz zum Rückfall in den Opportunismus gefeit (veränderte Situationen wie auch die Mechanismen der mitgeschleppten sozialdemokratischen Traditionen können durchaus zu solchen Rückfällen führen). Deshalb müssen wir bei der Lösung unserer Probleme davon ausgehen, dass die Meinungsverschiedenheiten, soweit sie nicht auf einer anderen Gesinnung oder auf persönlichem Defätismus beruhen, sehr wohl nützlich sein können, insoweit sie die Partei und das Proletariat überhaupt vor ernststen Gefahren warnen und schützen.

Wenn diese Gefahren konkret würden, würden die Meinungsverschiedenheiten unvermeidlich, aber nicht ohne Nutzen, die Form des Fraktionismus annehmen. Im schlimmsten Fall könnte dies zu Spaltungen führen, wenn nämlich die Partei Bankrott machen und konterrevolutionären Einflüssen erliegen würde, niemals aber – was albern wäre –, weil seitens der Führer zu wenig autoritär vorgegangen wird.

Ein Beispiel des falschen Vorgehens liefern die künstlich herbeigeführten Lösungen für die deutsche Partei nach der opportunistischen Krise von 1923: Sie lähmten bei einem so fortgeschrittenen Proletariat wie dem deutschen die spontane Herausbildung der richtigen und revolutionären Klassenreaktion auf die Degeneration der Partei, ohne dass übrigens der Fraktionismus beseitigt worden wäre.<sup>15</sup>

Die Gefahr einer bürgerlichen Beeinflussung der Klassenpartei tritt historisch nicht als Fraktionsbildung in Erscheinung; eher schleicht sie sich ein, wenn demagogisch proletarische Einmütigkeit beschworen und eine Diktatur „von oben“ ausgeübt wird, die die Initiativen der proletarischen Vorhut lähmt.

Einen solch defätistischer Faktor lässt sich nicht ausmachen und bekämpfen, wenn angesichts von Fraktionsbildungen die Frage der Disziplin ins Feld geführt wird, sondern nur, wenn die Partei und das Proletariat fähig sind, die Gefahr zu erkennen, sobald sich theoretische Revisionen ankündigen oder praktisch politische Manöver vorgeschlagen werden, die die rein proletarische Gerichtetheit vermissen lassen.

Einer der negativen Aspekte der sogenannten Bolschewisierung besteht darin, an die Stelle der umfassenden und bewussten politischen Schulung innerhalb der Partei (ein wirklicher Schritt in Richtung eines organischen Zentralismus) eine formelle und wortgewaltige Agitation und die mechanischen Formeln der Einheit um der Einheit willen und der Disziplin um der Disziplin willen zu setzen.<sup>16</sup>

Die Ergebnisse dieses Vorgehens schaden der Partei und dem Proletariat und zögern die Bildung der „wahrhaft“ Kommunistischen Partei hinaus. Diese in vielen Sektionen der Internationale angewandte Methode ist selbst schon ein ernstzunehmendes Symptom eines latenten Opportunismus. In der heutigen Lage zeichnet sich in der KI die Bildung einer internationalen Linksoption nicht ab. Wenn jedoch die bisher aufgezeigten negativen Faktoren weiter um sich greifen sollten, wird sich die Bildung einer solchen Opposition als revolutionäre Notwendigkeit und zugleich spontane Reaktion auf die entstandene Lage erweisen.

---

<sup>15</sup> Die im Oktober 1923 kulminierende Niederlage wurde nicht empirisch und theoretisch analysiert und hinterfragt, sondern mit einer „falschen Durchführung“ der Beschlüsse der Internationale (Einheitsfront und Arbeiterregierung) erklärt, wofür die KPD-Führung (Brandler, Thalheimer u.a.) verantwortlich gemacht wurde. Diese konnte leicht darauf hinweisen (siehe: EKKI-Plenum im Januar 1924), dass sie im Wesentlichen die Richtlinien der KI befolgt und in Abstimmung mit der Exekutive gehandelt hatte (siehe auch: Protokoll des V. Weltkongresses). In Fortsetzung der Tradition, die verschiedenen Richtungen innerhalb der KPD auszubalancieren, versuchte die KI die Einheit der deutschen Partei durch bloße Neubildung der Zentrale zu retten bzw. herzustellen. Die neue „linke“ Führung (Fischer, Maslow) wurde ein Jahr später für noch schlechter als die vorhergehende befunden.

<sup>16</sup> Bordiga auf der 6. EKKI-Tagung vom Februar 1926:  
 „Auf dem italienischen Parteitag sagte ich, der Fehler bestehe darin, innerhalb der Partei keinen klaren Unterschied zwischen Agitation und Propaganda gemacht zu haben. Agitation wird unter der großen Masse betrieben, wobei es darum geht, bestimmte einfache Gedanken klar darzulegen, während die Propaganda verhältnismäßig wenige Genossen betrifft, denen eine größere Anzahl komplizierterer Gedanken erklärt werden soll. Der Fehler besteht darin, innerhalb der Partei nur Agitation betrieben zu haben, die Masse der Parteimitglieder als, im Prinzip, unerfahren und unfähig angesehen, sie als Elemente behandelt zu haben, die in Bewegung gesetzt werden können, nicht aber als Faktoren der gemeinsamen Arbeit.“

## 6. Die taktischen Fragen bis zum V. Kongress der KI

Bei der Lösung der sich auf die internationale Lage beziehenden taktischen Fragen wurden im Allgemeinen ähnliche Fehler gemacht wie bei den Organisationsfragen; stets steht die Forderung im Raum, bei allen Fragen die Erfahrungen der Russischen Kommunistischen Partei zum Vorbild zu nehmen.

Die Taktik der Einheitsfront darf nicht als politische Koalition mit anderen sogenannten Arbeiterparteien aufgefasst werden, vielmehr muss sie nutzbar gemacht werden, indem man die infolge der jeweiligen Situation sich aufdrängenden unmittelbaren Forderungen der Arbeiter aufgreift, um den Einfluss der Kommunistischen Partei auf die Massen zu erhöhen, ohne dass dabei ihre selbständige Position verwässert würde.

Basis der Einheitsfront müssen daher jene Vereinigungen sein, denen die Arbeiter ihrer sozialen Stellung nach beitreten, unabhängig von ihrer politischen Gesinnung und Mitgliedschaft in einer politischen Partei. Dies hat den doppelten Zweck: einerseits der Kommunistischen Partei nicht die Möglichkeit zu nehmen, auch weiterhin die anderen Parteien zu kritisieren und deren Anhänger nach und nach in ihre eigenen Reihen einzugliedern; andererseits bei den Massen das Verständnis für die sukzessiven parteieigenen Losungen zu wecken, um sie für das kommunistische Programm und unter der alleinigen Führung der KP zu mobilisieren.

Die Erfahrung hat immer wieder gezeigt, dass die Einheitsfront nur revolutionär genutzt werden kann, wenn folgendes Verfahren eine klare Absage erteilt wird: dauerhafte oder befristete politische Koalitionen, Aktionsausschüsse, die sich aus Vertretern verschiedener politischer Parteien zusammensetzen, sowie die Methode der Absprachen, Angebote und „Offenen Briefe“ an andere Parteien.

Die Praxis hat gezeigt, dass diese Taktik zu nichts führt, und nach dem Missbrauch, der damit getrieben wurde, ist jeder auch nur kleinste Erfolg von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Wenn man die politische Einheitsfront als Grundlage einer wesentlichen Forderung, nämlich in Bezug auf die Staatsfrage annimmt, folgt daraus die Taktik der Arbeiterregierung. Wir haben es hier nicht mehr nur mit einer falschen Taktik zu tun, sondern mit einem krassen Widerspruch zu den Grundsätzen des Kommunismus. Wenn die Partei eine Losung ausgibt, die die proletarische Machtübernahme durch Vertretungskörperschaften des bürgerlichen Staatsapparates in Aussicht stellt bzw. dies nicht ausdrücklich ausschließt, wird das kommunistische Programm verleugnet und fallen gelassen, nicht nur, weil es sich zwangsläufig negativ auf die proletarische Theorie auswirkt, sondern weil es der Theorie selbst widerspricht, die die Partei ja verkündet und für die sie steht. Nach der deutschen Niederlage hat der V. Kongress diese Taktik einer Revision unterzogen, die jedoch nicht zufriedenstellen konnte; die weitere Entwicklung der taktischen Erfahrungen berechtigt zur Forderung, das Wort „Arbeiterregierung“ nicht mehr in den Mund zu nehmen.

Hinsichtlich der zentralen Frage des Staates darf die Partei nur die Losung der Diktatur des Proletariats ausgeben, denn es gibt keine andere „Arbeiterregierung“.

Mit der genannten Position schlittert man bloß in den Opportunismus, also dahin, angeblich „arbeiterfreundliche“ Regierungen der Bourgeoisie zu unterstützen oder gar an ihnen teilzunehmen.

All das steht durchaus nicht im Widerspruch zur Losung „Alle Macht den Sowjets“ oder gleichartigen Organen (d.h. nur von Arbeitern gewählten Körperschaften), selbst wenn opportunistische Parteien darin die Oberhand haben. Denn diese Parteien sind gegen die Machtergreifung seitens der Arbeiterorgane, da es sich dabei eben um die proletarische Diktatur handelt (Ausschluss der Nichtarbeiter von den Wahlorganen und von der Macht), die allein die Kommunistische Partei wird organisieren und ausüben können.

Es erübrigt sich und soll hier auch nicht vorgeschlagen werden, die Losung „Diktatur des Proletariats“ mit dem einzigen Synonym zu bezeichnen, das überhaupt in Frage kommt: *Regierung der Kommunistischen Partei*.

## 7. Die Fragen der „neuen Taktik“

Einheitsfront und Arbeiterregierung wurden wie folgt begründet: Für den Sieg genügt es nicht, kommunistische Parteien zu haben, sondern man muss die Massen erobern. Dafür ist es notwendig, den Einfluss der Sozialdemokraten mittels Forderungen zurückzudrängen, die von allen Arbeitern verstanden werden.

Heute geht man noch einen Schritt weiter und stellt folgende abenteuerliche Position auf: Für unseren Sieg bzw. der dafür notwendigen Phase revolutionärer Kämpfe brauchen wir zunächst einmal eine konzessionsbereite und flexible Bourgeoisie-Regierung, oder aber eine zwischen Bourgeoisie und Proletariat stehende Regierung der Mittelklassen. Diese zweite Auffassung ist voll und ganz revisionistisch und Zwillingbruder des konterrevolutionären Reformismus. Die erste, nicht minder gefährliche Anschauung hat angeblich nur die objektiv besseren Bedingungen im Auge, die uns erlauben würden, unsere Propaganda, Agitation und Organisation besser zu entfalten. Wir haben dazu schon weiter oben etwas gesagt.

Alles deutet darauf hin, dass Liberalismus und bürgerliche Demokratie, ob in Konkurrenz oder in Übereinstimmung mit der „faschistischen“ Vorgehensweise, immer mehr in die Richtung gehen, die Kommunistische Partei von den rechtsstaatlichen Garantien, sowenig Bedeutung sie faktisch haben, auszuschließen, insofern sie die Partei ist, die jene Garantien programmatisch negiert und sich somit außerhalb derselben bewegt. Übrigens verstößt dieses Vorgehen bei allen sogenannten „linken“ Regierungen keineswegs gegen die Prinzipien der bürgerlichen Demokratie, jedenfalls gibt es konkrete Präzedenzfälle, auch z.B. im Programm des „Aventin“<sup>17</sup> in Italien. Die der Arbeiterschaft gewährte „Freiheit“ entpuppt sich im Wesentlichen als größere Freiheit für die konterrevolutionären Agenten, in ihren Reihen zu agitieren und organisatorisch tätig zu sein. Freiheit hat das Proletariat einzig in seiner Diktatur.

Selbst innerhalb der engen Grenzen, in denen eine Linksregierung uns günstigere Bedingungen bieten mag, können diese, wie schon gesagt, nur ausgenutzt werden, wenn die Partei ihre selbständige Position klar und eindeutig, und zwar in jeder Situation, aufrechterhält. Dies nicht weil wir uns ausrechnen können, wie ungeheuer wendig sich die Bourgeoisie geben wird, sondern weil wir wissen – andernfalls hat man kein Recht, sich Kommunist zu nennen –, dass sich im Entscheidungskampf eine Einheitsfront aller bürgerlichen Kräfte, ob sie nun Hindenburg, MacDonald, Mussolini oder Noske heißen, gegen alle, auch früher eroberten Stellungen des Proletariats formieren wird.

Natürlich kann jede innere Schwachstelle innerhalb einer derartigen bürgerlichen Einheitsfront ein Koeffizient des proletarischen Sieges sein; mit Sicherheit aber wird es ein Koeffizient seiner Niederlage sein, wenn in den revolutionären Kämpfen des Proletariats in jener Front nach – wenn auch unfreiwilligen – Förderern seiner Sache Ausschau gehalten wird.

Aus diesen Gründen ist das taktische Vorgehen, dass man in Deutschland nach der Wahl Hindenburgs pflegte, unannehmbar, sowohl das Wahlbündnis mit den sozialdemokratischen und anderen „republikanischen“, also bürgerlichen Parteien, als auch das parlamentarische Bündnis im preußischen Landtag, um eine Rechtsregierung zu verhindern.<sup>18</sup> Dasselbe gilt für Frankreich hinsichtlich der Unterstützung des „Kartells der Linken“ bei den Kommunal- und Kantonalwahlen (sog. Taktik von Clichy). Übrigens geht aus den Leitsätzen des II. Weltkongresses über den Parlamentarismus deutlich hervor, dass sich die Kom-

<sup>17</sup> Nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti im Juni 1924 durch die Faschisten konstituierten sich die Oppositionsparteien als sogenannter „Aventin“ (in Anlehnung an den Namen einer der sieben Hügel Roms, auf den sich 494 v. Chr. die Plebejer zurückzogen, um für ihre Rechte zu streiken).

<sup>18</sup> Die Ergebnisse der Reichstagswahlen Ende 1924 hatten nicht den Erwartungen der KPD entsprochen. Bei der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1925 hatte sie im 1. Wahlgang mit ihrem Kandidaten Thälmann wiederum schlecht abgeschnitten. Zudem sah die Führung der KI in der Hindenburg-Kandidatur einen Beweis einer „monarchistischen Gefahr“ und riet der KPD, im 2. Wahlgang den sozialdemokratischen Kandidaten Marx zu unterstützen. Die „linke“ KPD-Führung befürchtete, mit dieser Änderung ihrer Taktik bei den Arbeitern auf Unverständnis zu stoßen und lehnte den „Rat“ ab. Als die SPD nach der Wahl behauptete, Hindenburg habe indirekt durch die Kandidatur Thälmanns die Wahlen gewonnen, und ein Sturm der Entrüstung gegen die KPD losbrach, schwenkte die Zentrale auf einen neuen Kurs ein: Sie richtet einen „Offenen Brief“ an die Gewerkschaften und die SPD-Führung, in dem sie vor einer „monarchistischen Restauration“ warnte – damit wurde nicht nur die „Einheitsfront von oben“, sondern auch die Auffassung von der Arbeiterregierung als parlamentarischer Koalition de facto verwirklicht.



unistische Partei nur mit strikt unabhängigen Positionen auf das Wahlkampf- und Parlamentsterrain begeben darf.

Die oben genannten taktischen Äußerungen der letzten Zeit weisen eine gewiss nicht völlige, aber doch unverkennbare Nähe zum herkömmlichen Verfahren der II. Internationale auf, die die Blockbildungen und die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Klassen ebenfalls auf der Ebene einer marxistischen Sicht der Dinge rechtfertigte.

Ein Verfahren, das für die theoretische und organisatorische Arbeit der Internationale eine wirkliche Gefahr darstellt und außerdem in keinem Beschluss der Weltkongresse und erst recht nicht in den taktischen Thesen des V. Kongresses gebilligt wird.

## **8. Die Gewerkschaftsfrage**

Die Internationale hat mehrfach ihre Auffassung über die Beziehungen zwischen politischen und wirtschaftlichen Organisationen auf Weltebene geändert. An diesem Beispiel sieht man gut, wie verfahren wird – statt nämlich die konkreten Aktionen aus den Prinzipien abzuleiten, werden umgekehrt immer wieder neue und andere Theorien fabriziert, um Aktionen zu rechtfertigen, die von scheinbar praktischem Interesse und leicht durchzuführen sind sowie sofortigen Erfolg versprechen.

Zuerst sollten Gewerkschaften in die KI aufgenommen werden. Dann wurde aus folgenden Überlegungen heraus die Rote Gewerkschaftsinternationale gegründet: Die Kommunistische Partei ist zwar verpflichtet, für die Einheit der Gewerkschaften zu kämpfen, die das natürliche Band zwischen Partei und breiten Massen sind, und sie darf keine eigenen Gewerkschaften bilden, etwa indem sie die gelben spaltet; auf internationaler Ebene jedoch darf das Büro der Amsterdamer Internationale nicht als proletarische Massenorganisation angesehen und behandelt werden, sondern als konterrevolutionäres Anhängsel des Völkerbundes.

An einem bestimmten Punkt erklärte man, sicherlich aufgrund wichtiger Erwägungen, doch im Wesentlichen mit Blick auf die linke Gewerkschaftsbewegung in England, den Verzicht auf die Rote Gewerkschaftsinternationale, die sich mit der Amsterdamer verschmelzen sollte, um eine internationale Gewerkschaftseinheit zu bilden.

Keine Überlegung über eine Veränderung der Lage kann so schwerwiegende Wendungen rechtfertigen. Die Frage der Beziehungen zwischen internationalen Organisationen politischer und gewerkschaftlicher Natur ist eine Prinzipienfrage, denn im Grunde geht es um die Beziehungen zwischen Partei und Klasse im Hinblick auf die revolutionäre Mobilisierung.

Dazu kommt noch, dass sich nicht an die eigenen Statuten gehalten wurde, denn der Beschluss wurde den zuständigen internationalen Organen als vollendete Tatsache vorgelegt.

Die Aufrechterhaltung der Losung „Moskau gegen Amsterdam“ schloss und schließt den Kampf für die Einheit der nationalen Gewerkschaftsbewegungen mitnichten aus. In Deutschland und Italien waren die Spaltungstendenzen erst nach Gründung der RGI vom Tisch, d.h. nachdem ihren Befürwortern das Argument entzogen worden war, das Proletariat werde daran gehindert, sich vom Einfluss der Amsterdamer Internationale zu befreien.

Die scheinbar begeisterte Zustimmung zum Vorschlag einer weltweiten Gewerkschaftseinheit hindert indes unsere französische Partei nicht, eine absolute Unfähigkeit an den Tag zu legen, wenn es darum geht, in der Frage der nationalen Gewerkschaftseinheit so zu handeln, dass es nicht auf eine Spaltung hinausläuft.

Der Nutzen einer Einheitsfronttaktik auf Weltebene, die alle gewerkschaftlichen Organisationen, auch die zu Amsterdam gehörenden, einbezieht, ist allerdings nicht völlig von der Hand zu weisen.

Die Linke der italienischen Partei ist stets für die proletarische Einheit in den Gewerkschaften eingetreten; eine der Haltungen, die sie klar von den Linksradikalen unterscheidet, deren syndikalistische und ide-

alistische Grundlage Lenin bekämpfte. Außerdem vertritt die Linke in Italien die strikt leninistische Auffassung über die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Fabrikräten. Auf Grundlage der russischen Erfahrung und der diesbezüglichen Leitsätze des II. Kongresses weist sie jene schwerwiegende Abweichung von den Prinzipien zurück, die den Gewerkschaften, deren Mitgliedschaft freiwillig ist, ihre revolutionäre Bedeutung abspricht, um sie durch die utopistische und reaktionäre Konzeption eines notwendig dem kapitalistischen Produktionssystem organisch angehörenden und das ganze Land überziehenden Vertretungssystem zu ersetzen; praktisch konkretisiert sich dieser Fehler in einer Überbewertung der Fabrikräte und einem faktischen Boykott der Gewerkschaften.

## 9. Die Agrarfrage

Die Agrarfrage ist durch die Thesen Lenins auf dem II. Kongress der Internationale grundsätzlich bestimmt worden. Das Wesentliche ist, die Frage der ländlichen Produktion im marxistischen System richtig gestellt zu haben. In einer Epoche, in der die Bedingungen für die Vergesellschaftung in der Industrie bereits reif sind, fehlen sie in der Landwirtschaft.

Doch bedeutet das nicht, dass die Arbeiterrevolution die Herstellung jener Bedingungen abwarten müsste, die im Gegenteil erst auf ihrer Grundlage allgemein geschaffen werden; des Weiteren ist die Frage der Interessen der armen Bauern im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Macht gar nicht lösbar, so dass das Proletariat die Befreiung der armen Bauern von der Ausbeutung durch Großgrundbesitzer und Bourgeoisie mit auf seine Fahne schreiben kann, auch wenn diese Befreiung nicht unmittelbar mit einer allgemeinen Umwälzung in der Landwirtschaft zusammenfällt.

Der Großgrundbesitz, der nur auf der Ebene der Besitzverhältnisse ein solcher ist, sich betriebswirtschaftlich aber aus einer Anzahl kleinster Produktionseinheiten zusammensetzt, wird, nachdem der juristische Überbau beseitigt ist, unter die Bauern aufgeteilt, was real ja nur die Befreiung der faktisch schon getrennten Kleinbetriebe von einer gemeinsamen Ausbeutung bedeutet. Machen lässt sich das nur, wenn die Eigentumsverhältnisse revolutionär gesprengt werden, und der Protagonist dessen kann allein das Industrieproletariat sein, weil es nicht nur, wie der Bauer, Opfer der bürgerlichen Produktionsverhältnisse ist, sondern auch das historische Produkt dieser Verhältnisse, die reif sind, neuen und anderen Verhältnissen Platz zu machen. Das Proletariat wird also in der Rebellion der armen Bauern eine wertvolle Hilfe finden. Wesentlich in Lenins taktischen Schlussfolgerungen sind jedoch zwei Punkte, zum einen, der grundsätzliche Unterschied in den Beziehungen des Proletariats zur Bauernschaft und andererseits zu den reaktionären Mittelschichten der städtischen Wirtschaft, die vor allem in den sozialdemokratischen Parteien ihre Vertretung finden; und zweitens, die Unantastbarkeit des Vorrangs und der Hegemonie der Arbeiterklasse in der Führung der Revolution.

Im Augenblick der Machteroberung erweist sich der Bauer als revolutionärer Faktor, doch wenn sich in der Revolution seine Ideologie in Bezug auf die alten Formen von Autorität und Gesetz verändert, trifft dasselbe in Bezug auf die Produktionsverhältnisse kaum zu: Er wird sich an die herkömmlichen Verhältnissen des isolierten, mit den anderen in Konkurrenz stehenden Familienbetriebs halten. Der Bauer wird insofern eine ernste Gefahr für die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft darstellen, und nur eine große Entwicklung der Produktivkräfte und des landwirtschaftlichen Betriebssystems wird ihn für den Sozialismus gewinnen können.

Auf taktischer und organisatorischer Ebene ist, laut Lenin, das nicht an Grund und Boden gefesselte Landproletariat (die Tagelöhner) dem Proletariat zugehörig und wird dementsprechend organisiert. Mit dem armen Bauern, der seine oft zu kleine Parzelle alleine bewirtschaftet, besteht eine Bündnispolitik, die gegenüber der mittleren Bauernschaft – die beides, sowohl Opfer bestimmter kapitalistischer Verhältnisse als auch Ausbeuter von Arbeitskraft ist – zu einer einfachen Neutralisierungspolitik wird. Der reiche Bauer, bei dem die Ausbeutung fremder Arbeitskraft vorherrscht, ist direkter Feind der Revolution.

Bei der Taktik in der Agrarfrage muss die Internationale die Fehler vermeiden, wie sie bereits in der französischen Partei zutage getreten sind und die darauf hinauslaufen, sich eine eigenständige Bauernrevolution vorzustellen, die auf derselben Ebene wie die Arbeiterrevolution angesiedelt ist, oder zu glauben, die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter könne durch einen Bauernaufstand ausgelöst werden, während es genau umgekehrt ist.

Der Bauer, der sich das Programm der Kommunisten zu eigen gemacht hat, der zur politischen Organisation bereit ist, muss ein Mitglied der Kommunistischen Partei werden; nur dadurch wird man das Entstehen reiner Bauernparteien, die unweigerlich dem Einfluss der Konterrevolution unterliegen, bekämpfen.

Die Bauern-Internationale (russ.:Krestintern)<sup>19</sup> muss die bäuerlichen Organisationen aller Länder einbeziehen, die, wie bei den Arbeitergewerkschaften, allen offen stehen, die aufgrund ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen eine gemeinsame soziale Stellung haben. Auch hier ist die Taktik der politischen Absprachen und Einheitsfronten sowie der Fraktionsbildungen innerhalb der Bauernparteien, sei es auch zum Zweck ihrer Zersetzung, strikt zurückzuweisen.

Diese taktische Richtlinie widerspricht nicht den Beziehungen zwischen Bolschewiki und Sozialrevolutionären, die während des Bürgerkrieges und auf der Grundlage damals bereits existierender, neuer Vertretungsorgane des Proletariats und der Bauernschaft hergestellt wurden.

### 10. Die nationale Frage

Auch in der Theorie über die Bewegung der Kolonialvölker in manchen besonders zurückgebliebenen Ländern hat Lenin einen grundlegenden Punkt geklärt. Noch bevor die ökonomischen und die durch die weltweite Ausdehnung des Kapitalismus hereingebrachten Faktoren die Verhältnisse so weit entwickelt haben werden, dass sie für den modernen Klassenkampf reif sind, stellen sich hier Forderungen, die nur in einer Volkserhebung und durch die Niederlage des Weltimperialismus erfüllt werden können.

Wenn jene beiden Faktoren die Verhältnisse voll und ganz bestimmen, kann der Kampf – in der Epoche des Kampfes für die proletarische Revolution in den Metropolen – ausbrechen, auch wenn er in jenen Regionen nicht die Merkmale des Klassenkampfes, sondern eines kolonialen und nationalen Konfliktes trägt.

Grundlegend in der leninistischen Auffassung bleiben jedoch die Führungsrolle der proletarischen Organisation in diesem weltweiten Kampf und die Notwendigkeit, den Klassenkampf in jenen Ländern niemals zu vertagen oder zu verwässern, sondern anzuspornen und die Bildung und selbständige Entwicklung der jeweiligen kommunistischen Parteien zu fördern.

Die Ausweitung dieser Thesen auf Länder, in denen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und der bürgerliche Staatsapparat seit langem bestehen, ist gefährlich, denn hier sind die nationale Frage und die patriotische Ideologie direkte konterrevolutionäre Hilfsmittel, die auf Entwaffnung des Proletariats zielen. Solche Abweichungen haben wir z.B. in den bekannten Konzessionen Radeks an die gegen die alliierte Besetzung kämpfenden deutschen Nationalisten gesehen.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> 1923 in Moskau mit der Intention gegründet, bürgerliche Bauernparteien an sich zu binden. Die praktizierte opportunistische Politik blieb ohne Erfolg. Ende der 20er Jahre aufgelöst.

<sup>20</sup> Die berühmt-berüchtigte Schlageter-Rede Radeks (benannt nach dem Freikorpsführer Schlageter, der während der Ruhrbesetzung vom französischen Militär getötet und daraufhin von den Faschisten als Märtyrer gefeiert wurde) ist nur ein, wenn auch signifikanter Ausdruck der Tatsache, dass die KPD und die Internationale insgesamt ihre Taktik nicht, wie die italienische Linke forderte, aus dem kommunistischen Programm ableitete, sondern eklektizistisch und immediatistisch von der jeweiligen Situation bestimmen ließ.

Angesichts der französischen Politik, die gegenüber dem besiegten Deutschland auf der genauen Einhaltung des Versailler Friedens (Reparationszahlungen) bestand und in der Ruhrbesetzung vom Januar 1923 gipfelte, machten sich in Deutschland nationalistische Stimmungen breit, die auch die KPD-Führung glaubte, nutzen zu müssen: Der deutsche Nationalismus wurde als gelegen kommender „zeitweiliger“ Bundesgenosse angesehen, um die Sympathie des Mittelstandes zu gewinnen und sie durch Konzessionen an die chauvinistische Ideologie dem Einfluss der Bourgeoisie und der Faschisten zu entziehen. Dass diese Taktik nicht die Entgleisung eines Flügels der Partei darstellte, sondern mit der gesamten Politik und Taktik der Komintern in Zusammenhang stand, zeigt auch die Tatsache, dass sie vom EKKI im Januar 1923 (auf der Radek jene Rede gehalten hatte) sanktioniert wurde. Die italienische Linke, die sich aufgrund der Verhaftungen und Verfolgungen in Italien nicht sofort zu dieser Entwicklung äußern konnte, kam kurz vor dem V. Weltkongress auf diese Frage zurück:

„Wir bestreiten, dass sie [die Thesen des II. Kongresses über die Kolonial- und Nationalitätenfrage] als Rechtfertigung für die Annäherung der kommunistischen Bewegung und der national-patriotischen Bewegung in Deutschland

In der Tschechoslowakei muss die Internationale jede organisatorische Widerspiegelung des nationalen Dualismus in den Reihen des Proletariats ausmerzen, denn Tschechen und Slowaken sind historisch auf gleicher Höhe und befinden sich in einem ökonomisch vollständig entwickelten Milieu.

Den Kampf nationaler Minderheiten *als solchen* zum Prinzip zu erheben ist daher eine Entstellung der kommunistischen Auffassung. Die Beurteilung, ob ein solcher Kampf revolutionäre Möglichkeiten oder reaktionäre Entwicklungen birgt, hängt von ganz anderen Kriterien ab.

## 11. Die russischen Fragen

Die Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik des russischen Staates, die vor allem in der Rede Lenins von 1921 über die Naturalsteuer und im Bericht Trotzki's auf dem IV. Kongress deutlich wurden, ist in der KI unbestritten. Die Voraussetzungen in der russischen Wirtschaft und die Tatsache, dass in den anderen Ländern die Bourgeoisie weiterhin die Macht hat, erlaubten aus marxistischer Sicht keine andere Perspektive in Hinsicht auf die Entwicklung der Weltrevolution und die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft.

Die großen Schwierigkeiten, denen sich die russische Staatspolitik hinsichtlich des inneren Kräfteverhältnisses, der Probleme der betriebswirtschaftlichen Leitung und der Beziehungen zum Ausland gegenübersteht, führten innerhalb der Kommunistischen Partei Russlands zu Meinungsverschiedenheiten. Zu bedauern ist vor allem, dass die internationale kommunistische Bewegung hier nicht bestimmter und konstruktiver Position beziehen konnte.

In der ersten Diskussion zu dieser Frage waren die Aussagen Trotzki's über das innerparteiliche Leben und den „neuen Kurs“ ohne Frage zutreffend, ebenso wie seine Ausführungen zum Verlauf der staatlichen Wirtschaftspolitik im Großen und Ganzen eindeutig proletarisch und revolutionär waren. Nicht minder begründet war seine in der zweiten Diskussion begonnene Auseinandersetzung mit den Fehlern der Internationale und die Beweisführung, dass auch die beste bolschewistische Tradition nicht für die in der KI-Führung vorherrschenden Kriterien spricht.<sup>21</sup>

Infolge der bekannten Methode der Einschüchterung, aus der Luft gegriffene Anschuldigungen des

---

herhalten können. Der Druck, den die Entente-Mächte auf Deutschland ausüben, hat auch in seinen krassen und zwangsartigen Formen der letzten Zeit nicht den Charakter eines Faktors, der uns dazu verleiten könnte, Deutschland mit dem Maßstab eines kleinen, kapitalistisch rückständigen Landes zu sehen. Deutschland bleibt nach wie vor ein großes Land, das unter kapitalistischem Gesichtspunkt außerordentlich ausgerüstet ist und dessen Proletariat sozial und politisch mehr als entwickelt ist. [...] Die Aufgaben des großen deutschen Proletariats werden furchtbar herabgesetzt, wenn man sie auf eine Aufgabe der nationalen Befreiung zurückstufte.“

Bordiga: Der Kommunismus und die nationale Frage, in Prometeo Nr. 4, 15.4.1924.

<sup>21</sup> Die erste Auseinandersetzung, die hier erwähnt wird, wurde durch zwei Briefe Trotzki's an das Zentralkomitee, der eine vom 8.10.1923, der andere („Der neue Kurs“) vom 8.12.1923, ausgelöst. Nachdem er darauf verzichtet hatte, auf dem 12. Parteitag der KPR (April 1923) die brennenden Fragen zu behandeln, ging Trotzki in diesen zwei Briefen zunächst auf die ernste Wirtschaftskrise in der UdSSR (alarmierende Arbeitslosigkeit, Anstieg der Industriepreise bei Stagnation der Agrarpreise bzw. Lähmung des Austausches zwischen Stadt und Land) und dann auf das in der Partei herrschende Regime der Unterdrückung und Verfolgung der Oppositionellen ein, das verheerende Ausmaße angenommen hatte. Die zweite Auseinandersetzung, der sogenannte „Literaturstreit“, spielte sich vor dem Hintergrund des deutschen Desasters von 1923 ab. Die Führung der Internationale hatte die Verantwortung abgelehnt und der Führung der KPD angelastet, die sich damit verteidigte, in Anlehnung an die Exekutive der KI gehandelt zu haben. Die Auseinandersetzung wurde im Oktober 1924 durch die Veröffentlichung der „Lehren des Oktober“ ausgelöst, die Trotzki als Vorwort seines „1917“, dem III. Band einer russischen Gesamtausgabe, verfasst hatte. Trotzki ging darin von den Lehren der russischen Revolution aus, um die Bedingungen zu untersuchen, die die Parteiorganisation erfüllen muss, um in den Phasen, in denen die historische Entwicklung die Machteroberung und den Aufstand auf die Tagesordnung setzt, auf der Höhe ihrer historischen Aufgabe zu sein. Die Führung antwortete darauf mit einer schäbigen Kampagne gegen den „Trotzkismus“ und griff zu diesem Zweck systematisch und tendenziös auf alle vergangenen Auseinandersetzungen zwischen Lenin und Trotzki zurück. Das war das Vorspiel der blutigen Verfolgung der internationalistischen Opposition in Russland und des Triumphes der Stalin'schen These des „Sozialismus in einem Land“, die sich dann auch offiziell 1926 durchsetzte.

Fraktionismus oder gar Bonapartismus in den Blickpunkt zu rücken, war die Debatte innerhalb der russischen Partei ebenso unbefriedigend wie aufgesetzt. Was die jüngste Diskussion angeht, muss man vor allem sehen, dass es um russische Fragen geht, die eine internationale Dimension haben, so dass der Beschluss seitens der Mehrheit der KPR darüber nicht als Argument gegen die Diskussion und Beschlussfassung durch die ganze Internationale angeführt werden kann, wobei es ganz unerheblich ist, dass die geschlagene russische Opposition darauf verzichtete, die Frage vor die KI zu bringen.<sup>22</sup>

Wie auch in anderen Fällen werden die inhaltlichen Fragen durch solche des Verfahrens und der Disziplin erstickt. Es geht hier nicht etwa um die Verteidigung verletzter Rechte einer Minderheit, die, jedenfalls auf der Führungsebene, die Verantwortung für viele internationale Fehler mitträgt, sondern um existenzielle Fragen der Weltbewegung.

Die russische Frage muss der ganzen Internationale vorgelegt werden und ihre Untersuchung muss von folgenden Grundzügen ausgehen: In der gegenwärtigen russischen Wirtschaft finden wir laut Lenin vorbürgerliche, bürgerliche, staatskapitalistische und sozialistische Elemente vor. Die verstaatlichte Großindustrie ist sozialistisch, sofern sie sich auf eine Produktionsorganisation bezieht, die sich in den Händen des im politischen Sinne proletarischen Staates befindet. Die Distribution dieser Produkte jedoch vollzieht sich in kapitalistischer Form, d.h. über den freien Markt und seinen Konkurrenzmechanismus.

Infolge dieser Lage befinden sich die Arbeiter in einer alles andere als prosperierenden wirtschaftlichen Situation, was sie dank ihres revolutionären Bewusstseins hinnehmen; des Weiteren ist grundsätzlich nicht auszuschließen, dass die Entwicklung sogar in Richtung steigender Mehrwertabpressung geht, was durch die Lebensmittelpreise sowie die vom Staat zu zahlenden Preise und die Bedingungen konkret werden kann, die er beim Ankauf, bei den Konzessionen, im Handel und in allen anderen Geschäftsbeziehungen mit dem ausländischen Kapital aushandelt. Das sind die Fragestellungen, um zu wissen, ob sich die sozialistischen Elemente in der russischen Wirtschaft ausdehnen oder zurückgehen werden, wobei hier auch die Frage nach der technischen bzw. betriebswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der richtigen Organisation der Staatsindustrie einbezogen werden muss.

Man muss festhalten, dass der Aufbau des vollständigen, sich also auf Produktion und Distribution, auf Industrie und Landwirtschaft erstreckenden Sozialismus in einem Land unmöglich ist. Möglich ist hingegen eine fortschreitende Entwicklung der sozialistischen Elemente in der russischen Wirtschaft, was bedeutet, dass der anti-revolutionäre Plan misslingt, der innenpolitisch auf die reichen Bauern, die neue Bourgeoisie und das Kleinbürgertum, außenpolitisch auf die imperialistischen Mächte setzt. Ob dieser Plan nun auf den äußeren oder inneren Angriff setzt oder als langwierige und zähe Sabotage und Einflussnahme auf das russische Gesellschafts- und Staatsleben in Erscheinung tritt, um eine schleichende Involution und Entproletarisierung seines Charakters zu erzwingen – in beiden Fällen ist die enge Zusammenarbeit und der Beitrag aller Parteien der Internationale eine unentbehrliche Bedingung für die erfolgreiche Behauptung Sowjetrusslands.

Es geht vor allem darum, dem proletarischen Russland und der KPR die aktive und tatkräftige Unterstützung der proletarischen Vorhut insbesondere in den imperialistischen Ländern zu sichern, nicht nur, um die Angriffe abzuwehren und auf die Beziehungen der bürgerlichen Staaten zu Russland Druck auszuüben, sondern hauptsächlich, weil es wichtig ist, die russische Partei bei der Lösung ihrer Probleme zu unterstützen; es stimmt zwar, dass die Bruderparteien keine direkte Erfahrung mit den Herausforderungen des Regierens haben, dennoch aber zu deren Lösung beitragen können, indem sie einen proletarischen und revolutionären Koeffizienten hinzufügen, der sich direkt aus den realen Klassenkämpfen in ihren Ländern

---

<sup>22</sup> Auf dem 14. Parteitag der KPR im Dezember 1925 wurde durch einen Parteitagsbeschluss die „Diskussion über die inneren Fragen“ als „erledigt“ betrachtet, ebenso wurde allen Sektionen der KI mitgeteilt, dass die „Übertragung der Diskussion über die russischen Fragen in die Reihen der KI unerwünscht“ sei. Wie zuvor die sogenannte trotzkistische Opposition beugte sich auch die „neue Opposition“ um Sinowjew und Kamenew (die ab Ende 1925 einen harten Kampf gegen die sich durchsetzende Theorie des „Sozialismus in einem Land“ sowie gegen das „innere Parteiregime“ führte) diesem Diktat des russischen ZK. Auf der 6. EKKI-Tagung verlangte die italienische Linke erneut, die „russische Frage“ – d.h. das Verhältnis zwischen dem Kampf des Weltproletariats und der Politik des russischen Staates und der KPR – zu behandeln. Dies sollte im Sommer 1926 auf einem extra dafür einzuberufenden Kongress geschehen, der natürlich nicht stattfand.

ergibt.

Die inneren Verhältnisse in der KI werden den genannten Aufgaben nicht gerecht und machen Änderungen dringend notwendig. Vor allem muss die Richtung umgekehrt werden, die Bolschewisierung genannt wird und sowohl auf organisatorischem und taktischem als auch politischem Gebiet völlig übers Ziel hinausschießt.

### III. Italienische Fragen

#### 1. Die Lage in Italien

Falsch ist eine Einschätzung der italienischen Lage, die die eher schwache Entwicklung des Industriekapitalismus für den entscheidenden Faktor hält.

Die im quantitativen Sinne geringe Ausbreitung und relativ späte historische Entwicklung des italienischen Kapitalismus wird durch eine Reihe anderer Umstände aufgewogen, kraft derer die politische Macht, zur Zeit des Risorgimento, fest in die Hände der Bourgeoisie gelangen konnte. Und diese Bourgeoisie hat eine äußerst reiche und große Regierungstradition.

Grundsätzlich spiegeln die politischen Lager, in die sich die einander bekämpfenden Parteien geteilt haben (wie die klassische Rechte und Linke, die Klerikalen und Freimaurer, Demokraten und Faschisten) nicht die gesellschaftlich unterschiedliche Stellung zwischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten und zwischen dem Groß- und Kleinbürgertum wider.

Die faschistische Bewegung muss als Versuch gewertet werden, die widerstreitenden Interessen der verschiedenen bürgerlichen Gruppen politisch zu vereinen. Gleichzeitig von Großgrundbesitz, Industrie, Handel und Banken, kurzum, von allen oberen Klassen direkt gefördert und herbeigewünscht, und vor allem vom traditionellen Staatsapparat, vom Königshaus, der Kirche und den Freimaurern gestützt, hat der Faschismus die Mitglieder der zersetzten Mittelklassen in Bewegung gesetzt und im engen Schulterschluss mit allen bürgerlichen Fraktionen gegen das Proletariat gehetzt.

Die Ereignisse in Italien dürfen weder als Machtergreifung einer neuen sozialen Schicht gedeutet werden noch als Bildung eines neuen Staatsapparates mit eigener Ideologie und eigenem Programm und auch nicht als Niederlage einer Fraktion der Bourgeoisie, die ihre Interessen lieber mit liberalen und parlamentarischen Methoden durchsetzen würde. Die Liberalen, die Demokraten, Giolitti und Nitti, sind die Akteure einer für die Niederlage des Proletariats entscheidenden und mit der faschistischen Phase dialektisch zusammenhängenden konterrevolutionären Kampfperiode.<sup>23</sup> In der Tat ermöglichte ihre Politik der Zugeständnisse – mit Rückendeckung von Reformisten und Maximalisten<sup>24</sup> – in der unmittelbaren Nachkriegszeit und nach der Demobilisierung, als die herrschende Klasse und ihre Organe zu einem frontalen Abwehrkampf nicht in der Lage waren, die bürgerliche Gegenwehr und die Ablenkung des proletarischen Drucks.

Von Regierung, Verwaltung, Polizei, Justiz, Armee usw. in jener Phase direkt gestützt, hat der Faschismus dann die alten bürgerlichen Funktionsträger vollständig ausgewechselt. Man darf sich davon jedoch nicht blenden und erst recht nicht dazu verleiten lassen, jene Parteien und Gruppen zu rehabilitieren, denn sie wurden allein deswegen beseitigt, weil sie eine ganze Etappe ihrer anti-proletarischen Aufgabe zum

---

<sup>23</sup> Auf dem Höhepunkt der Arbeiterbewegung, 1919-1920, als die Bourgeoisie arg in Bedrängnis geraten war, bekämpften die Regierungen unter Nitti und dann Giolitti die Bewegung nicht durch den Einsatz der Staatsgewalt, sondern durch Zugeständnisse und Reformen; so etwa ließ Nitti 1919 die Landbesetzungen in Süditalien durch Verträge in geregelte Formen bringen oder erließ eine erweiterte Amnestie für Fahnenflüchtige, die sich zu Zehntausenden versteckt hielten, und Giolitti ignorierte 1920 die Forderungen der Industriellen und ließ die Fabrikbesetzungen in Norditalien ins Leere laufen; es gelang ihm, weite Teile der Arbeiterbewegung politisch zu neutralisieren. Die Bourgeoisie gewann infolge der durch Misserfolge und Enttäuschungen demoralisierten Arbeiterbewegung wieder die Oberhand und die Bahn für das Auftreten der faschistischen Bewegung wurde frei.

<sup>24</sup> Bis 1921 gab es in der SPI grob unterteilt drei Fraktionen: die Reformisten unter Turati, die Maximalisten unter Serrati und die Linke unter Bordiga.

Abschluss gebracht hatten und nicht etwa, weil sie der Arbeiterklasse günstige Bedingungen geboten hätten.

## 2. Die politische Strömung der kommunistischen Linken

In den oben genannten aufeinanderfolgenden Phasen handelte die Strömung, die 1921 die Kommunistische Partei Italiens gegründet hat, nach folgenden Kriterien: Die auf der bürgerlichen und parlamentarischen Bühne behaupteten Gegensätze als Trugbild entlarven und den Standpunkt des Klassegegensatzes durchsetzen; die Illusion im Proletariat zerstören, nach der die Mittelklassen imstande seien, einen politischen Generalstab zu bilden, die Macht zu übernehmen und für den Kampf der Arbeiter bessere Ausgangsbedingungen zu schaffen; die Arbeiterklasse durch ihre eigenen und selbständigen, kritischen politischen und taktischen Positionen, die sie sich in den aufeinanderfolgenden Entwicklungsphasen erobert, vorbereiten, so dass sie Vertrauen in ihre spezifische geschichtliche Aufgabe fasst.

Die Traditionen dieser Politik sind schon vor dem Krieg beim linken Flügel der Sozialistischen Partei festzustellen. Seit den Parteitag von Reggio Emilia (1912) und Ancona (1914) formierte sich in der SPI eine Mehrheit, die nicht nur in der Lage war, dem reformistischen und zugleich dem syndikalistischen Irrweg (letzterer stand bis zu diesem Zeitpunkt für die proletarische Linke) entgegenzutreten, sondern innerhalb dieser Mehrheit zeichnete sich auch deutlich eine Linke ab, die immer radikalere und klar proletarische Lösungen forderte. Wichtige Klassenfragen wie die einzuschlagende Taktik hinsichtlich der Wahlen, der Beziehungen zu den Gewerkschaften, des Kolonialkrieges und der Freimaurerei, konnten so korrekt gelöst werden.

Zwar stellte sich die ganze, oder fast die ganze Partei während des Weltkrieges gegen eine Politik des Burgfriedens, doch die Arbeit einer klar erkennbaren radikalen Linken innerhalb ihrer Reihen trug sehr viel eindeutiger Züge. Auf den Parteitagen von Bologna (Mai 1915), Rom (Februar 1917), Florenz (November 1917) und auf dem Kongress von Rom im Jahre 1918 vertrat sie leninistische Richtlinien, so die Ablehnung des nationalen Verteidigungskrieges und den revolutionären Defätismus, die Ausnutzung der militärischen Niederlage, um die Machtfrage in den Vordergrund zu rücken, den fortwährenden Kampf gegen die gewerkschaftlichen und parlamentarischen opportunistischen Führer und die Forderung ihres Ausschlusses aus der Partei.

Die Positionen der Linken führten gleich nach Kriegsende zur Herausgabe der Zeitung „Il Soviet“ in Italien, worin erstmals die Richtlinien der russischen Revolution dargelegt und gegen anti-marxistische (opportunistische, syndikalistische und anarchistische) Auslegungen verteidigt wurden. Ebenso sind die wesentlichen Fragen der proletarischen Diktatur und der Aufgabe der Partei richtig und konsequent gestellt worden, wie es sich auch in der von Anfang an gestellten Forderung nach Spaltung der SPI zeigte.

Diese Gruppe trat für den Wahlboykottismus ein; der II. Kongress der Internationale lehnte ihre diesbezüglichen Thesen ab. Wie auch die scharfen Polemiken gegen die anarchistische Presse bezeugen, lagen dem Wahlboykottismus jedoch keine theoretisch anti-marxistischen Fehler des anarcho-syndikalistischen Typus zugrunde. Denn erstens sollte die Taktik des Wahlboykotts in den Ländern angewandt werden, in denen die parlamentarische Demokratie seit langem das politische Terrain beherrscht – die Demokratie erzeugt ja die besonderen Schwierigkeiten, die dem Verständnis der Massen für den Begriff der Diktatur den Weg versperren, Schwierigkeiten, die, wie wir glauben, in der Internationale noch immer unterschätzt werden. Zweitens wurde der Wahlboykottismus nicht als allgemeingültige Taktik vorgeschlagen, sondern für die heute leider nicht mehr bestehende besondere Situation, in der große Kämpfe bevorstehen und sich breiteste Arbeitermassen in Bewegung setzen.

Mit den Wahlen von 1919 öffnete die bürgerliche Regierung Nitti ein riesiges Ventil für den proletarischen Druck und lenkte den Schwung der Arbeiter und die Aufmerksamkeit der Partei ab, indem sie sich deren Tradition blinder Wahlgläubigkeit zunutze machte. Der Wahlboykottismus des „Il Soviet“ war damals die einzig richtige Reaktion auf die wirklichen Ursachen, die dann die proletarische Niederlage herbeiführten.

Auf dem Parteitag von Bologna (Oktober 1919) stellte allein die wahlboykottistische Minderheit die richtige Forderung nach Spaltung von den Reformisten auf; vergeblich versuchte sie, sich mit einem Teil

der Maximalisten hierüber zu einigen und verzichtete zu diesem Zweck sogar auf ihre Vorbedingung des Wahlboykottismus. Nach dem Misslingen dieses Versuchs blieb die wahlboykottistische Fraktion bis zum II. Weltkongress die einzige, die auf nationaler Ebene für die Bildung der Kommunistischen Partei arbeitete.

Den Erfahrungen und Traditionen des linken Flügels des italienischen Proletariats folgend, handelte diese Gruppe von sich aus nach Richtlinien, die sich zur gleichen Zeit mit dem Sieg Lenins und des Bolschewismus in Russland behaupteten.

### 3. Die Tätigkeit der linken Zentrale

Nach der Gründung der Kommunistischen Partei Italiens in Livorno (Januar 1921) bemühten sich die Wahlboykottisten um einen engen Zusammenschluss mit den anderen Gruppierungen der Partei. Wenn für manche von ihnen erst die Frage der internationalen Beziehungen den Grund für die Spaltung von den Opportunisten schuf, gab es für die Linke der Partei (die inzwischen aus Gründen der Parteidisziplin ausdrücklich auf ihre Position zu den Wahlen verzichtet hatten) und viele andere Parteiaktivisten eine klare Übereinstimmung zwischen den Thesen der Internationale und den Lehren aus den eigenen politischen Erfahrungen.

Die Tätigkeit der kommunistischen Parteizentrale orientierte sich nach der oben geschilderten Einschätzung der italienischen Lage und den genannten Aufgaben des Proletariats. Heute ist klar, dass die Gründung der revolutionären Partei zu spät kam – wofür den anderen Gruppen die Verantwortung anzulasten ist –, um den späteren Rückzug des Proletariats verhindern zu können; die Verspätung war selbst ein entscheidender Faktor dieses Rückzugs.

Um für die weiteren Kämpfe der Arbeiterklasse die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen, gab die Zentrale die Weisung, unbedingt den traditionellen Gewerkschaftsapparat zu nutzen, zugleich aber auch dem Proletariat vor Augen zu führen, nicht mit Maximalisten und Reformisten rechnen zu können, unter deren Führung die Gewerkschaften standen und die so weit gingen, einen Friedenspakt mit den Faschisten zu unterzeichnen.<sup>25</sup>

Gleich nach ihrer Gründung stellte die Kommunistische Partei den Grundsatz der gewerkschaftlichen Einheit auf und erhob dann auch die zentrale Forderung nach der Einheitsfront, die mit der Bildung der „Allianz der Arbeit“ ihren Höhepunkt fand.<sup>26</sup> Abgesehen von unserer Ansicht zur politischen Einheitsfront steht faktisch fest, dass diese in der italienischen Situation von 1921-22 undurchführbar war und dass die Kommunistische Partei auch niemals zu einer Versammlung eingeladen wurde, auf der ein Parteienbündnis gegründet werden sollte. Der von den Eisenbahnern einberufenen Versammlung zur Bildung des Gewerkschaftsbündnisses blieb die Partei fern, um keinen Vorwand für Manöver zu geben, die dessen Entstehung sowie die Verantwortung der Partei dafür hätten kompromittieren können; doch machte sie im Vorhinein deutlich, diese Initiative ins Leben gerufen zu haben und gegenüber dem neuen Organ die Disziplin einhalten zu wollen. Dennoch gab es dann noch Kontakte mit politischen Parteien, die die Kommunistische Partei eben nicht, wie behauptet wurde, verweigerte; doch diese Gespräche führten zu nichts, was die Unmöglichkeit einer Verständigung auf politischem und praktischem Terrain wie auch den Defätismus der anderen Gruppen erneut unter Beweis stellte. Auch während der Rückzugsgefechte wusste die Partei das Vertrauen der Arbeiter in die eigene Klasse zu wahren und das politische Bewusstsein der Vorhut zu stärken, indem sie die üblichen Machenschaften der pseudo-revolutionären Grüppchen und Parteien gegenüber der Arbeiterklasse rechtzeitig vereitelte. Trotz der Anstrengungen der Partei kam es erst spät, nämlich im August 1922, zum Generalstreik; aber die proletarische Niederlage war nicht mehr zu verhindern, und der Faschismus, dessen Terror von den Kräften des *liberal-demokratisch* geführten Staates offen unterstützt wurde, war von da an Herr der Lage und brauchte später mit dem „Marsch auf Rom“ seine

<sup>25</sup> Nachdem die Faschisten ihre „Strafexpeditionen“ begonnen hatten und sich erbitterter, von der gerade gegründeten (Januar 1921) Kommunistischen Partei mobilisierter Widerstand formierte, schlossen die Sozialistische Partei und der von ihr dominierte Gewerkschaftsbund im August 1921 mit Mussolini einen Friedenspakt ab, „um das Blutvergießen zu beenden“. Während die Faschisten, davon unbeeindruckt, ihre Terroraktionen fortsetzten, wurde den gerade begonnenen Verteidigungskämpfen der Arbeiter dadurch der Garaus gemacht.

<sup>26</sup> Siehe: „1922-02-10 – Die Allianz der Arbeit“.



Vorherrschaft nur noch formell abzusichern.

Obwohl sich der proletarische Aktionsradius einengte, war der Einfluss der Partei in dieser Situation größer als der von Maximalisten und Reformisten; es verstärkte sich so eine Tendenz, die sich schon zuvor in den Wahlergebnissen von 1921 und den großen Abstimmungen im Gewerkschaftsbund klar abgezeichnet hatte.

#### 4. Die Beziehungen zwischen der italienischen Linken und der KI

Auf dem II. Parteitag in Rom (März 1922) wurde eine zwischen der italienischen Linken und der Mehrheit der Internationale bestehende theoretische Divergenz formuliert, die zuvor von unserer Delegation auf dem III. Kongress und auf der Erweiterten Exekutive im Februar 1922 ziemlich schlecht dargelegt worden war. Insbesondere auf dem III. Kongress wurden wirkliche Fehler im „linksradikalen“ Sinn begangen. Die „Römer Thesen“ beseitigten auf theoretischer und politischer Ebene jede Gefahr von Linksoportunismus in der italienischen Partei.

Soweit es die praktische Arbeit in der Partei betraf, war nur hinsichtlich der Taktik gegenüber den Maximalisten eine Divergenz mit der Internationale aufgetreten; sie schien jedoch durch die auf dem 18. Parteitag der SPI im Oktober 1921 in Mailand gezeigte demonstrative Geschlossenheit zwischen Maximalisten und Reformisten gegenstandslos geworden zu sein.

Die „Thesen von Rom“ wurden nicht als unmittelbare Aktionslinie, sondern als Beitrag der Partei zu den Beschlüssen der Internationale angenommen. Die italienische Zentrale bekräftigte dies noch einmal auf der Erweiterten Exekutive von 1922, und eben infolge des Beschlusses der Internationale und aus Disziplin ihr gegenüber wurde die theoretische Diskussion darüber nicht eröffnet.

Doch die Internationale (August 1922) teilte nicht die Lageeinschätzung und die dementsprechenden Leitsätze der italienischen Zentrale, sondern hielt die Situation im Sinne einer verminderten Abwehrkraft des Staates für instabil; sie beabsichtigte, die Partei durch die Verschmelzung mit den Maximalisten zu stärken, wobei für diese Entscheidung nicht die Lehren, die die Partei aus den Erfahrungen der Auguststreiks gezogen hatte, ausschlaggebend waren, sondern die Spaltung zwischen Maximalisten und Unitaristen.<sup>27</sup>

Von diesem Moment an gehen die beiden politischen Linien definitiv auseinander. Auf dem IV. Weltkongress (Dezember 1922) widersetzte sich die linke Zentrale unserer Partei der in der Internationalen mehrheitlich angenommenen These, die die Verschmelzung mit den Maximalisten verlangte, und die Delegierten lehnten, nach Italien zurückkehrt, einstimmig die Verantwortung dafür ab; die Fusionsverhandlungen wurden einem Ausschuss übergeben, gleichwohl behielt die Zentrale natürlich ihre administrativen Funktionen bei. Im Februar 1923 setzten die Verhaftungen und die faschistische Offensive gegen die Partei ein; schließlich wurde im Juni 1923 auf der Erweiterten Exekutive die alte Zentrale abgesetzt und durch eine neue, gänzlich andere ersetzt. Umstände, angesichts derer der Rücktritt eines Teils der Zentrale ein einfacher und folgerichtiger Schritt war. Noch auf der Parteisitzung im Mai 1924 in Como hatte die Linke die erdrückende Mehrheit gegenüber dem Zentrum und der Rechten. So war die Situation am Vorabend des V. Weltkongresses.

#### 5. Der Ordinovismus als Tradition der jetzigen Zentrale

Die Gruppe „Ordine Nuovo“ entstand in Turin unter einigen Intellektuellen, die mit der Industriearbeiterschaft zu einer Zeit Kontakt aufnahmen, in der die wahlboykottistische Fraktion hier bereits eine breite Anhängerschaft hatte. In der Ideologie jener Gruppe herrschten bürgerliche, idealistische, von Croce<sup>28</sup>

<sup>27</sup> Auf dem XIX. Parteitag der SPI in Rom im Oktober 1922 werden die Reformisten ausgeschlossen. Daraufhin gründen Turati und Matteotti die „Partito Socialista Unitario“ (Unitarier).

<sup>28</sup> Croce, Benedetto (1866-1952): italienischer Philosoph und Politiker. Croce, der auch als „Laienpapst der Bourgeoisie“ bezeichnet wurde, war Idealist, ein Jünger Hegels; seiner Ansicht nach hatten die Naturwissenschaften ihren Erkenntnischarakter an die Philosophie abgetreten, denn nur der Geist sei zur Erkenntnis des Wahren fähig. Als Politiker war Croce Führer der liberalen Partei und Antifaschist, der in seinen Schriften das liberale, „gute alte Italien“ des 19. Jahrhunderts beschwor.

beeinflusste philosophische Anschauungen vor, die natürlich gewisse Änderungen erfuhren und noch erfuhren. Sehr spät und noch mit ihren ursprünglichen Fehlern behaftet, legte diese Gruppe die kommunistischen Richtlinien aus. Zu spät verstand sie die Bedeutung der russischen Revolution, als dass sie ihre Lehren für den italienischen Arbeiterkampf hätte nutzen können. In einem im November 1917 im „Avanti!“ veröffentlichten Artikel hatte Genosse Gramsci geschrieben, die russische Revolution habe den historischen Materialismus von Marx und die Theorien des „Kapital“ widerlegt und gab eine im Wesentlichen idealistische Erklärung der russischen Ereignisse. Die Strömung der Linken, der auch die Jugendorganisation angehörte, bezog sofort Stellung gegen diesen Artikel.

Wie aus den Veröffentlichungen des „Ordine Nuovo“ ersichtlich, entwickelte die ordinovistische Gruppe ihre Anschauungen in Richtung einer nicht-marxistischen und nicht-leninistischen Theorie der Arbeiterbewegung; darin sind die Fragen zur Rolle der Gewerkschaften und der Partei, die Fragen des bewaffneten Kampfes, der Machteroberung und der Errichtung des Sozialismus falsch gestellt. Indes wurde ein nicht auf „freiwilliger“, sondern „notwendiger“ Basis beruhender und mit dem kapitalistischen Produktionsmechanismus eng verhafteter Organisationstypus der Arbeiterklasse konstruiert.

Dieser Typus geht vom Abteilungskommissar aus, führt über die Fabrikräte und gipfelt gleichzeitig in der Kommunistischen Internationale, der Gewerkschaftsinternationale, dem Rätssystem und dem Arbeiterstaat, der in einer solchen Organisation bereits vor dem Sturz der kapitalistischen Macht existent wäre.

Mehr noch, die Forderung der Kontrolle über die Produktion macht die Funktionen dieses Typus bereits in der bürgerlichen Epoche zu Funktionen des Aufbaus einer neuen Wirtschaftsform.

Alle nicht-marxistischen Positionen dieser Ideologie (Utopismus, Syndikalismus Proudhon'scher Färbung, ökonomischer Gradualismus vor der Machteroberung, also Reformismus) wurden scheinbar aufgegeben, um sie jeweils durch die völlig anderen leninistischen Positionen zu ersetzen. Doch diese Aneignung hätte sich nur dann in nicht-formeller und nicht-künstlicher Weise vollziehen können, wenn sich die Gruppe „Ordine Nuovo“ nicht gegen jene Gruppe abgegrenzt und gestellt hätte, die – wie wir gezeigt haben – auf linke und eigenständig mit der bolschewistischen Richtung übereinstimmende Traditionen zurückgreifen konnte und einen ernsthaften Beitrag – nicht auf der Grundlage akademischer Studien bürgerlicher Schriften, sondern auf Grundlage der proletarischen Klassenerfahrung – geleistet hatte. Natürlich schließt dies nicht aus, dass auch die zweite Gruppe durch eine enge, doch dann nicht zustande gekommene Zusammenarbeit hätte lernen und wachsen können. Unter diesen Umständen entbehrt es jedoch nicht der Ironie, wenn die ordinovistischen *leaders* gerade diejenigen bolschewisieren wollen, durch die sie erst auf den bolschewistischen Weg gebracht wurden, dies eben im ernstesten und marxistischen Sinn des Wortes, und nicht durch mechanische, bürokratische und redselige Methoden.

Bis kurz vor dem Weltkongress von 1920 sprach sich die Gruppe „Ordine Nuovo“ gegen die Spaltung der alten sozialistischen Partei aus und packte die gewerkschaftlichen Fragen falsch an. Der Vertreter der Internationale in Italien musste über die Fragen der Fabrikräte und vorzeitigen Bildung von Sowjets eine scharfe Polemik gegen sie zu führen.

Die Turiner Sektion der SPI stimmte im April 1920 für die bekannten, vom Genossen Gramsci verfassten und von dem aus Ordinovisten und Wahlboykottisten bestehenden Ausschuss angenommenen Thesen („Für eine Erneuerung der SPI“, „Ordine Nuovo“, 8.5.1920). Diese in den Leitsätzen des II. Kongresses erwähnten Thesen gaben tatsächlich – abgesehen von der Meinungsverschiedenheit bezüglich der Wahlbeteiligung – das gemeinsame Denken der in Bildung begriffenen kommunistischen Fraktion wieder; ihr Inhalt drückte nicht die spezielle Konzeption des „Ordine Nuovo“ aus, sondern die viel früher vom linken Flügel der SPI mit absoluter Klarheit angenommenen Thesen.

Eine Zeitlang schlossen sich die Ordinovisten den Positionen der Linken gegenüber der Internationale an, tatsächlich aber teilten sie nicht die in den „Thesen von Rom“ formulierten Auffassungen, obschon sie es für opportun hielten, für sie zu stimmen.

Der wirkliche Vorläufer der heutigen Annahme der Taktik und allgemeinen Linie der Internationale seitens der Ordinovisten war Genosse Tasca, der die Opposition gegen die Linke auf dem Parteitag in Rom

begründete.<sup>29</sup>

Angesichts der Merkmale der ordinovistischen Gruppe, ihres Partikularismus und Konkretismus (Abkömmlinge der idealistischen und bürgerlichen Ideologie), und angesichts der Tatsache, dass die Führungsmethode der Internationale Raum für oberflächliche und halbherzige Parteinarbeiten lässt, muss man annehmen, dass, wenn wir die lautstarken Orthodoxie-Bekundungen der Ordinovisten einmal beiseite lassen, deren theoretisches Bekenntnis zum Leninismus (was für die sich ankündenden politischen Entwicklungen von entscheidender Bedeutung ist) nicht viel mehr Wert hat als ihre damalige Annahme der „Thesen von Rom“.

## 6. Die politische Tätigkeit der heutigen Parteizentrale

Von 1923 bis heute hat die Tätigkeit der Parteizentrale – auch wenn man sich die schwierige Situation vor Augen hält, in der sie entfaltet werden musste – zu Fehlern geführt, die wesentlich mit denen verknüpft sind, die wir schon bei den „internationalen Fragen“ benannt haben; zum Teil aber sind sie der ordinovistischen Konzeption selbst anzulasten.

Die Teilnahme an den Wahlen von 1924 war eine sehr richtige politische Entscheidung, was sich jedoch nicht vom zuvor den sozialistischen Parteien unterbreiteten Vorschlag zum gemeinsamen Wahlkampf, noch dazu unter dem Etikett der „proletarischen Einheit“, behaupten lässt; ebenso bedauerlich war die zu weit gehende Toleranz gegenüber gewissen Wahlmanövern der „Terzini“.<sup>30</sup> Noch größere Schwierigkeiten tauchten in der nach der Ermordung Matteottis hervortretenden Krise auf.<sup>31</sup>

Die Politik der Zentrale gründete sich auf die absurde Einschätzung, die Schwächung des Faschismus habe zunächst die Mittelklassen und erst dann das Proletariat in Bewegung gesetzt. Einerseits bekundet diese Auslegung mangelndes Vertrauen in das Proletariat, das indes selbst während der erdrückenden faschistischen Gewaltaktionen wachsam geblieben war, andererseits eine Überschätzung des Initiativvermögens der Mittelklassen. Abgesehen von den klaren theoretischen Positionen des Marxismus hierzu haben die Erfahrungen in Italien gerade gelehrt, dass sich die Mittelschichten manövrieren lassen und passiv dem jeweils Stärkeren anschließen: 1919-20 dem Proletariat; 1921/22/23 dem Faschismus; heute, nach einer Periode großer Unruhe in den Jahren 1924-25, wieder dem Faschismus.

---

<sup>29</sup> Auf ihrem II. Parteitag im März 1922 legt die junge KPI die als Diskussionspapier über alle anstehenden Fragen für den bevorstehenden IV. Weltkongress verfassten „Thesen von Rom“ vor. Während die Thesen zur Taktik von Bordiga und Terracini formuliert werden, schreiben Gramsci und Angelo Tasca die deutlich von der ordinovistischen Ideologie geprägten Thesen zur Gewerkschaftsfrage. Der erste Teil wird von den Vertretern der Komintern kritisiert, und eben von einer sich hier formierenden rechten Minderheit, deren Wortführer Angelo Tasca und Graziadei sind. Angelo Tasca, 1892-1960. Zählte zum rechten Flügel der SPI. War 1919 Mitbegründer der Turiner Zeitschrift „Ordine Nuovo“ und 1921 Gründungsmitglied der KPI. 1929 Ausschluss aus der Partei. Danach engagiert er sich wieder für die Sozialisten. Gilt als Unterstützer des Vichy-Regimes und Kollaborateur.

<sup>30</sup> „Terzinternationalisten“: Strömung innerhalb der SPI, die für den Beitritt zur KI waren und deren Forderung nach „Ausnützung des Parlaments“ (nicht aber die nach Ausschluss der Reformisten und Umbenennung in Kommunistische Partei) erfüllten. Im August 1923 werden die Terzini unter Serrati aus der SPI ausgeschlossen und ein Jahr später in die KPI aufgenommen.

<sup>31</sup> Mit der Entführung und Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti am 10. Juni 1924 durch die Faschisten brach eine in dieser Phase bestehende breite Unzufriedenheit mit dem Faschismus in „einem Sturm der Entrüstung“ aus. Zu spät, erst im November, gab Gramsci zu, dass eine „unverzögliche Intervention einer revolutionären Kraft das Schicksal des Regimes in ernste Gefahr gebracht“ hätte. Im Juni jedoch schloss sich die (neue) KPI-Führung (um Gramsci) der bürgerlichen Opposition, die aus dem Fall Matteotti eine juristische und moralische Frage machte, an und verließ mit ihr das Parlament (14. Juni), um sich auf den „Aventin“ zurückzuziehen. Einen Aufruf zum Generalstreik seitens der KPI lehnten die demokratischen Parteien ab (die Gewerkschaft beschloss, für den 27. Juni für 10 Minuten die Arbeit niederzulegen). Obwohl dies abzusehen gewesen war, zog die KPI daraus nicht den Schluss, die Arbeiter um eine selbständige kommunistische Position zu sammeln, sondern wiederholte ihren Streikaufruf und verband ihn mit dem Vorschlag – obgleich sie am 18. Juni endlich den „Aventin“ verlassen hatte – an die demokratische Opposition, „dem Aventin den Charakter eines wirklichen Parlaments zu verleihen“. Am 15. Oktober unterbreitete sie erneut diesen Vorschlag, den sie nun „Gegenparlament“ nannte.

Statt das Parlament zu verlassen und an den ersten Versammlungen der „Aventianer“ teilzunehmen, hätte die Zentrale die Anweisung geben müssen, im Parlament zu bleiben, um von dieser Bühne aus die Regierung anzugreifen und zum anderen sofort Stellung gegen die präjudizielle, verfassungshörige und moralische Position des „Aventin“ zu beziehen, denn diese Form des Protestes war ein entscheidender Faktor für den Ausgang der Krise zugunsten des Faschismus. Möglicherweise hätte der Auszug der Kommunisten aus dem Parlament sogar zweckmäßig sein können, doch nur mit eigener Physiognomie und wenn die Lage erlaubt hätte, die Massen zur direkten Aktion aufzurufen. Es war einer jener Momente, in denen die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt werden; es handelt sich also um einen Fehler, der für die Beurteilung der Führungsgruppe maßgebend war, einen Fehler, der zur Folge hatte, dass die Arbeiterklasse die Schwächung des Faschismus und dann das aufsehenerregende Scheitern des „Aventin“ praktisch überhaupt nicht ausnutzen konnte.

Wenn auch der Wiedereintritt im November 1924 in das Parlament und die Erklärung von Repossi nicht nutzlos waren, wie auch die Welle der Zustimmung im Proletariat zeigte, war es jetzt zu spät. Die Zentrale hatte lange hin und her geschwankt und entschloss sich schließlich nur unter dem Druck der Partei und der Linken zu diesem Schritt. Die Partei war nur durch blasse Anweisungen und eine geradezu unglaublich falsche Lageeinschätzung (Bericht Gramscis vor dem Zentralkomitee, August 1924) darauf vorbereitet worden. Der schlechten Vorbereitung der Massen, die nicht auf das Scheitern, sondern den Erfolg des „Aventin“ ausgerichtet war, wurde die Krone aufgesetzt, als die KPI den Oppositionsparteien die Bildung eines Gegenparlaments vorschlug. Dieser taktische Schritt ging zunächst einmal weit über die Beschlüsse der Internationale hinaus, in denen niemals Angebote an bürgerliche Parteien vorgesehen waren, und es war einer jener Schritte, mit denen dem Terrain der kommunistischen Prinzipien und Politik sowie dem der marxistischen Geschichtsauffassung der Rücken gekehrt wird. Ungeachtet der Erklärungen, mit denen die Zentrale versuchen mochte, die Absichten und Ziele ihres Vorgehens darzulegen (Erklärungen, die im Übrigen nichts mehr hätten ändern können), bleibt die Tatsache, dass jener Vorschlag in den Massen die Illusion eines oppositionellen, den herkömmlichen Staatsapparat bekämpfenden Gegen-Staates genährt hat, während nach unserer programmatischen historischen Perspektive die Basis eines Gegen-Staates ausschließlich Körperschaften der Arbeiterklasse, die Sowjets, sein können.

Die sich landesweit auf die Arbeiter- und Bauernkomitees stützende Losung des Gegenparlaments bedeutete, den proletarischen Generalstab den Wortführern kapitalistischer Gruppierungen, wie Amendola, Agnelli, Albertini usw., anzuvertrauen.

Abgesehen von der Gewissheit, dass eine solche Situation – die man nur mit dem Ausdruck Verrat bezeichnen könnte – faktisch nicht eintreten wird, bedeutet schon die Tatsache, eine solche Losung zum Gegenstand eines kommunistischen Vorschlags zu machen, einen Bruch mit den Prinzipien und eine Schwächung der proletarischen Vorbereitung.

Die tagespolitische Arbeit der Zentrale gibt Anlass zu weiterer Kritik. Gang und gäbe waren Losungen, deren agitatorische Wirkung außerhalb des Parteiapparates selbst gar nicht spürbar war – ganz zu schweigen von ihrer praktischen Durchführung. Die zentrale Losung der Arbeiter- und Bauernkomitees, die nur widersprüchlich und konfus erläutert wurde, wurde weder verstanden noch befolgt.

## **7. Die Gewerkschaftsarbeit der Partei**

Ein anderer schwerwiegender Fehler wurde beim Metallarbeiterstreik im März 1925 begangen. Die Zentrale begriff nicht, dass die Enttäuschung des Proletariats über den „Aventin“ ein allgemeines Aufleben des Klassenkampfes in Form einer Streikwelle voraussehen ließ. Hätte sie dies verstanden, wäre es möglich gewesen – ebenso wie im Vorjahr die FIOM [Metallarbeitergewerkschaft] dafür gewonnen werden konnte, in den von Faschisten initiierten Streik einzugreifen –, den Klassenkampf zu forcieren: durch Bildung eines auf die überall im Land äußerst streikwilligen Ortsverbände gestützten Agitationsausschusses der Metallarbeiter hätte es durchaus zum Generalstreik kommen können.

Die gewerkschaftliche Linie der Zentrale war nicht eindeutig auf die Losung der Einheit innerhalb des Gewerkschaftsbundes ausgerichtet, denn trotz dessen organisatorischer Zersetzung hätte man dieser Losung treu bleiben müssen. In den gewerkschaftlichen Direktiven der Partei machten sich ordinovistische Auffassungen bemerkbar; in den Betrieben wurden verschiedene und sich gegenseitig behindernde Organe

gebildet bzw. für sie plädiert, überdies gab man oftmals Losungen heraus, die die Gewerkschaft und ihre Notwendigkeit als Organisation des Arbeiterkampfes herabsetzten.

Das unglückliche Abkommen mit der FIAT in Turin war eine Folge dieses Fehlers, wie auch die verschwommene Richtlinie bei den Fabrikratswahlen: hier wurde die Frage, ob die Taktik der Klassenlisten oder der Parteilisten einzuschlagen sei, falsch, d.h. nicht auf dem Terrain der Gewerkschaften gestellt.

### **8. Die Tätigkeit der Partei in der Agrar- und nationalen Frage**

In der Agrarfrage war die Parole der Bildung von Bauernverbänden zu Verteidigungszwecken berechtigt; doch wurde dies im Großen und Ganzen als eine ausschließlich von oben und mithilfe eines Parteibüros auszuführende Arbeit verstanden.

Trotz der schwierigen Lage muss man die Gefahr im Auge behalten, die in einer bürokratischen Auffassung unserer Aufgaben liegt; für die anderen Tätigkeitsbereiche der Partei gilt dies nicht minder.

Die richtigen Beziehungen zwischen Bauernverbänden und Arbeitergewerkschaften müssen klar festgelegt werden, d.h. die Verbände der Landarbeiter sind dem Gewerkschaftsbund anzugliedern; ebenso muss zwischen dem Gewerkschaftsdachverband und den Bauernverbänden ein enges Bündnis auf Landes- und Ortsebene bestehen.

In der Agrarfrage muss die sich bereits abzeichnende Tendenz einer auf Regionen oder auf Süditalien konzentrierten Sichtweise vermieden werden. Das gleiche gilt auch für regionale Autonomieforderungen, die von gewissen neuen Parteien ins Spiel gebracht wurden: Statt mit ihnen trügerische Verhandlungen aufzunehmen, sind sie offen als reaktionäre Parteien zu bekämpfen.

Die Taktik, ein Bündnis mit dem linken Flügel der Volkspartei (Miglioli<sup>32</sup>) und der Bauernpartei zustande zu bringen, war so schlecht wie deren Resultate.

Wieder machte man Politikern, die außerhalb jeder Klassentradition stehen, Zugeständnisse, ohne dass die Partei dadurch, wie beabsichtigt, die Massen zu sich herüberziehen konnte; man hat damit nur eine Desorientierung in Teile der Parteiorganisation gebracht. Falsch ist auch, die Taktik bezüglich der Bauern hochzuspielen und als politische Kampagne gegen den Einfluss des Vatikans auszugeben; natürlich stellt dieser Einfluss ein Problem dar, das aber so nicht gelöst werden wird.

### **9. Die Organisationsarbeit der Zentrale**

Nach der faschistischen Offensive zeitigte die Arbeit zur Reorganisation der Partei zweifellos gute Ergebnisse. Die organisatorische Arbeit behielt jedoch den viel zu technischen Charakter bei, statt die Zentralisierung durch klare und einheitliche, auf jeden Genossen und jeden Ortsausschuss anwendbare Statuten und nicht einfach durch das Eingreifen des Führungsapparates sicherzustellen; besser kam man voran, als den Basisorganisationen zugestanden wurde, ihre Komitees und Ausschüsse, vor allem in den günstigen Situationen, wieder selbst zu wählen.

Die Ergebnisse des „Rekrutierungsmonats“ und die Vorteile einer solchen Kampagne wurden überbewertet.<sup>33</sup> Was die Zunahme und gleich darauffolgende Abnahme der Mitgliederzahl angeht (gar nicht zu reden davon, dass heute viele Elemente ebenso leicht wieder aus der Partei austreten wie sie während der Matteotti-Krise eingetreten waren), zeigt dies nur, dass solche Entwicklungen von einer veränderten Situation abhängen und nicht von der vermeintlich positiven Wirkung veränderter Richtlinien.

Natürlich musste die Zentrale die allgemeine Weisung der KI, die Parteien auf Grundlage von Betriebs-

<sup>32</sup> Miglioli, Guido (1879 – 1954): ital. Politiker und Gewerkschafter.

<sup>33</sup> Der „Rekrutierungsmonat“ (15.8. - 15.9.1924) wurde nach dem Muster des bekannten „Leninaufgebots“ der russischen Partei, die dem Stalinismus die benötigte Manövermasse geliefert hatte, sofort nach der Ermordung Matteottis ausgerufen. Die Mitgliedschaft der Partei erhöhte sich um 10.000, Ende Mai hatte sie 12.000 Mitglieder (14.000, wenn man die Terzini dazuzählt) betragen.

zellen zu organisieren (wovon wir weiter oben schon gesprochen haben) befolgen, doch tat sie dies in einer uneinheitlichen, inkonsequenten und widersprüchlichen Art und Weise, so dass erst nach wiederholtem Druck durch die Basis eine gewisse Struktur in die Sache hereinkam.

Es wäre gut, wenn die Struktur dahingehend geändert würde, dass die Bezirkssekretäre durch Kommissare ersetzt werden, um eine direkte, weniger technische als politische Verbindung zwischen der Zentrale und den traditionellen Basisorganisationen der Partei, den Bezirksverbänden, herzustellen. Die Aufgabe der Kommissare müsste vor allem sein, dort aktiv einzugreifen, wo die Basisorganisationen der Partei nicht intakt sind, um ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, bis sie selbst in der Lage sind, ihr normales Funktionieren wieder zu gewährleisten.

## 10. Das Handeln der Zentrale in der Frage des Fraktionismus

Die im Vorfeld dieses Kongresses geführte Kampagne trug nicht den Charakter einer Propagandaarbeit innerhalb der Partei und hatte insofern auch nicht den Zweck, sich die Richtlinien der Internationale anzueignen, um das kollektive Bewusstsein wirklich nutzbringend voranzubringen. Sie wurde im Gegenteil nach dem V. Kongress gezielt als Agitationskampagne durchgeführt, um prompt und mit dem geringsten Aufwand zu erreichen, dass sich die Genossen von den Anschauungen der Linken distanzieren. Ob eine solche Methode der Schlagkraft der Partei gegenüber den äußeren Feinden nützt oder schadet, danach hat man nicht gefragt; es ging allein darum, mit allen Mitteln diesen innerparteilichen Zweck zu verfolgen.

Die Kritik an der Illusion, Fraktionsbildungen durch Verbote von oben unterdrücken zu können, wurde weiter oben historisch und theoretisch begründet. Der V. Weltkongress hatte der Forderung der italienischen Linken zugestimmt, keinen Druck von oben auszuüben und andererseits ihre Verpflichtung registriert, keine Oppositionstätigkeit zu entfalten und an der gesamten Parteitätigkeit, wenn auch nicht der politischen Leitung teilzunehmen. Dieses Abkommen brach die Zentrale mit einem Feldzug gegen die Linke, doch nicht auf Grundlage theoretischer und taktischer Thesen, sondern indem sie einzelnen Genossen – auf den regionalen Parteitagungen übrigens äußerst tendenziös vorgebrachte – Disziplinbrüche zur Last legte.

Der im Vorfeld dieses Parteitags spontan gebildete „Verständigungsausschuss“<sup>34</sup> sollte verhindern, dass

<sup>34</sup> Der Verständigungsausschuss („Comitato d’Intesa“), der Ende April 1925 tätig wird, war der Versuch, die infolge der Restrukturierung der KPI auftretenden Reaktionen der Unzufriedenheit und Empörung seitens der Linken in eine einheitliche Richtung zu kanalisieren.

Die zentristische Parteiführung, die vom III. EKKI im Juni 1923, als die linke Führung fast vollständig im Gefängnis saß, als „provisorische“ Zentrale eingesetzt worden war, wünschte in Übereinstimmung mit dem Präsidium der KI die durch den nicht mehr nur taktischen, sondern grundsätzlichen, programmatischen Dissens geschaffene innerparteiliche Lage zu beenden und die KPI auf die Linie der Internationale zu bringen. Man befürchtete jedoch, dass eine offene und kritische Auseinandersetzung innerhalb der ganzen Partei die linken Positionen bestätigen würde. Es wird ein Feldzug gegen die Linke in Gang gesetzt, der den notwendigen Klärungsprozess in der Partei rigoros und mittels für die Partei äußerst schädlichen Mitteln und Methoden unterdrückt. Als in dieser Situation der nächste nationale Parteitag (Lyon) angekündigt wird, auf dem die KI-Linie offiziell durchgesetzt werden soll, reagiert die Linke mit der Tätigkeit des Verständigungsausschusses, dessen Funktion einzig die ist, eine zersplitterte Reaktion der linken Parteimitglieder zu verhindern und die unverfälschte und nicht verzerrte Wiedergabe des linken Standpunktes zu gewährleisten; sie lehnt es ab, sich mit Hilfe polemischer Verfälschung, disziplinarischen Drucks oder gar persönlicher Angriffe zur Wehr zu setzen.

Der Feldzug der Zentrale wird zur Diffamierungskampagne, die linken Thesen und Schlussfolgerungen werden in der Parteipresse, auf den Parteiversammlungen, wenn überhaupt, nur tendenziös und kommentiert der Parteimasse vorgelegt, die Linke wird, abgesehen von niederen persönlichen und moralischen Anschuldigungen, des Fraktionismus und der Spaltungsabsicht beschuldigt; schließlich gibt das Präsidium der KI Mitte Juli die Anordnung zur Auflösung des Verständigungsausschusses.

Aus der Erklärung der Linken dazu: „Da das Präsidium glaubt, mit der Auflösung des Verständigungsausschusses werde ein großer Schritt dahin getan, den Fraktionismus zu beseitigen, gehorchen wir, obgleich wir gegenteiliger Meinung sind. Zugleich aber muss das Präsidium auch die Verantwortung für die weitere Entwicklung der innerparteilichen Lage übernehmen, ebenso wie für die Reaktionen, die aus der Art und Weise, in der die Zentrale das Parteileben verwaltet, hervorgehen werden, Reaktionen, die der Verständigungsausschuss in einer dem Parteileben nützlichen Weise kanalisierte und disziplinierte. Wir glauben, dass die Unterdrückung des Verständigungsausschusses eben den Fraktionismus hervorbringen wird, den wir nicht gewollt haben und der sich, gegen unseren Willen, rächen wird.“

Einzelne oder Gruppen mit Austritten reagieren und es zu einer Zersetzung der Partei kommt; es ging darum, alle Genossen der Linken auf eine gemeinsame und verantwortungsbewusste Linie festzulegen, natürlich bei strengster Wahrung der Disziplin und der Zusicherung, das Stimmrecht aller Parteigenossen zu respektieren. Die Zentrale drehte diese Initiative der Linken als Argument gegen sie um und bezichtigte sie des Fraktionismus und der Parteispaltung; während dieses Feldzuges wurde der Linken solange jede Möglichkeit zur Gegenwehr genommen, bis man durch Druck von oben die Stimmen der Landesverbände gegen die Linke beisammen hatte.

Die Agitationskampagne ging weiterhin so vor sich, dass der Parteiapparat und die lokalen Funktionsträger nach Fraktionskriterien umbesetzt wurden, dass die Diskussionsbeiträge der Linken in einer tendenziösen Manier bekannt gemacht wurden, dass der Linken verweigert wurde, durch ihre Vertreter auf den regionalen Parteitag das Wort zu ergreifen; schließlich kulminierte das Ganze in dem ungeheuerlichen Abstimmungsverfahren, in dem die Stimmen der Nicht-Anwesenden automatisch den Thesen der Zentrale zugeschlagen wurden.

Welche Mehrheitsbeschlüsse ein derartiges Vorgehen auch immer zustande bringen mag – das theoretische Bewusstsein der Partei und ihr Ansehen bei den Massen hat es nicht gefördert, sondern ernsthaft lädiert. Wenn noch schlimmere Folgen vermieden wurden, liegt das an der Zurückhaltung der Genossen der Linken, die diesen Dauerbeschuss ertrugen, allerdings nicht, weil sie ihn auch nur im Geringsten für berechtigt hielten, sondern weil ihnen das Schicksal der Partei am Herzen liegt.

### **11. Entwurf eines Arbeitsprogramms der Partei**

Die nach Auffassung der Linken allgemeinen und besonderen Aufgaben der Partei gehen aus den in den vorhergehenden Punkten enthaltenen Prämissen hervor. Es ist jedoch von vornherein klar, dass diese Frage nur auf Grundlage der internationalen Beschlüsse in Angriff genommen werden kann. Die Linke kann also nur ein Aktionsprogramm skizzieren, das der Internationale vorzulegen ist, um über seine Durchführung seitens der italienischen Sektion zu entscheiden.

Die Partei muss das Proletariat für die Wiederaufnahme der Klassenaktion und den Kampf gegen den Faschismus schulen, indem sie die Lehren aus den bitteren Erfahrungen zieht, die das Proletariat in der letzten Zeit durchmachte; zugleich muss verhindert werden, dass sich das Proletariat von den Wendungen der bürgerlichen Politik täuschen lässt und sich Illusionen über eine mögliche Unterstützung seitens der städtischen Mittelklassen macht, wobei sich auf die Lektionen der liberal-demokratischen Phase zu stützen ist, damit sich nicht wieder pazifistische Illusionen breit machen.

Die Partei wird der antifaschistischen Opposition keine gemeinsamen Aktionen vorschlagen; sie wird noch nicht einmal mit dem linken Flügel dieser Opposition oder mit einzelnen, sogenannten linken Parteien Bündnisse eingehen.

Um die Massen für ihr Programm zu mobilisieren, wird die Partei auf eine Einheitsfront von unten hinarbeiten, wobei stets die wirtschaftliche Lage im Auge behalten werden muss, um dementsprechend die unmittelbaren Forderungen zu stellen. Die Partei wird sich hüten, eine andere, die Bürgerrechte garantierende Regierung als zentrale politische Forderung aufzustellen; ebenso wenig die der „Freiheit für alle“ als Bedingung dafür, Klassenziele zu erobern; sie wird vielmehr Thesen formulieren, die zeigen, dass Freiheit für die Arbeiter mit Verletzung der Freiheit der Ausbeuter und Bourgeois identisch ist.

Angesichts der ersten Tatsache, dass sich in den Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen die Reihen lichten, wird die Partei vor allem die Losung zur Verteidigung der traditionellen Gewerkschaften bzw. deren Reorganisierung vertreten. In der Betriebsarbeit muss darauf geachtet werden, keine Organe zu bilden, die die Wirksamkeit dieser Losung der Reorganisierung torpedieren könnten. In der heutigen Situation wird sich die Partei dafür einsetzen, dass die Funktion der Gewerkschaft durch die „gewerkschaftlichen Betriebsabteilungen“ erfüllt wird. Als Vertreter einer starken gewerkschaftlichen Tradition sind sie die geeigneten Organismen, um die Kämpfe der Arbeiter zu führen, insofern ihre Verteidigung

heute gerade in den Fabriken möglich ist. Es soll versucht werden, die illegale „commissione interna“<sup>35</sup> (Betriebsausschüsse) durch die gewerkschaftlichen Fabrikabteilungen wählen zu lassen, bis sie wieder – sobald möglich – durch die gesamte Belegschaft gewählt werden können.

Was die Organisierung auf dem flachen Lande anbelangt, gilt, was wir bezüglich der Agrarfrage bereits sagten.

Sind alle Möglichkeiten zur Organisierung der Arbeiter weitestgehend ausgeschöpft, ist die Parole der Arbeiter- und Bauernkomitees unter Beachtung folgender Kriterien hinzuzuziehen:

a) Statt zufällig und immer wieder die Losung zur Bildung von „Arbeiter- und Bauernkomitees“ auszugeben, muss sie entschlossen dann umgesetzt werden, wenn die Situation an einen Wendepunkt gekommen ist, der den Massen die Notwendigkeit eines neuen Rahmens klar vor Augen führt, d.h. wenn diese Losung nicht nur als bloße Organisationsformel, sondern als klare Kampfparole des Proletariats erkennbar ist.

b) Der Kern dieser Komitees soll nicht aus politischen Delegierten bestehen, sondern aus Vertretern der Gewerkschaften oder ähnlichen Organisationen, die, auch wenn sie durch die Reaktion verstümmelt sind, in den Massen seit langem verankert sind.

c) Danach kann zur Wahl dieser Komitees aufgerufen werden; doch muss in der ersten Phase ganz klar sein, dass sie nicht mit den Sowjets, also Regierungsorganen des Proletariats gleichzusetzen sind; sie sind Ausdruck eines lokalen und nationalen Bündnisses aller Ausgebeuteten zur gemeinsamen Verteidigung.

Was die faschistischen Gewerkschaften angeht, ist die Losung ihrer Unterwanderung, um sie von innen heraus zu zersetzen, generell abzulehnen – umso mehr, als sie heute nicht einmal formell als Massenvereinigungen, in die die Arbeiter von sich aus hineingehen, sondern als offizielle Organe des Bündnisses zwischen Unternehmern und Faschisten auftreten. Der Kampf gegen die faschistischen Gewerkschaften ist parallel zum Kampf für den Wiederaufbau der Gewerkschaften zu führen.

Auf die innerparteilich zu ergreifenden organisatorischen Maßnahmen wurde zum Teil schon hingewiesen. Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage müssen sie auf Erfordernisse abgestimmt werden, die in einem anderen Rahmen (geheim) zu besprechen sind. Jedenfalls müssen sie dringend in klaren und für alle verbindlichen Statuten niedergelegt werden, damit der wirkliche Zentralismus nicht mit blindem Gehorsam gegenüber willkürlichen und widersprüchlichen Anweisungen verwechselt wird, was für die tatsächliche Geschlossenheit der Partei gefährlich wäre.

## 12. Die Perspektiven der innerparteilichen Situation

Die politische und organisatorische innerparteiliche Lage kann im nationalen Rahmen keine definitive Lösung erfahren, sondern hängt davon ab, wie sich die innere Situation und Politik der gesamten Internationale entwickelt. Es wäre ein ernster Fehler, ja ein schweres Vergehen der nationalen und internationalen Führer, wenn man der Linken gegenüber weiterhin die unsinnige Methode gebrauchte, Druck von oben auszuüben, und glaubt, die großen Probleme in der Theorie und Parteipolitik als Fragen persönlichen Verhaltens behandeln zu können.

Da die Linke auf ihren Anschauungen beharrt, sollte diesen Genossen, die ja auf jede oppositionelle Arbeit verzichten, ohne allerdings ihre Sicht aufzugeben, der Raum gegeben werden, in einer von Kuhnhandeln und gegenseitigen Drohungen freien Atmosphäre als einfache Parteimitglieder die Weisungen der Parteiorgane treu und verbindlich zu erfüllen, ohne von ihnen zu verlangen, Führungsaufgaben zu übernehmen. Es liegt auf der Hand, dass in einer theoretisch idealen Lage ein solcher Vorschlag völlig überflüssig wäre; es wäre aber gefährlich, wenn die Partei glaubte, die internen Schwierigkeiten könnten einfach durch formelle, organisatorische Maßregeln oder persönliche Stellungnahmen einzelner Genossen aus dem Weg geräumt werden. Wer so handeln sollte, müsste sich für einen schweren Anschlag auf die Partei verantworten.

<sup>35</sup> Eine spezifisch italienische, bereits vor dem 1. Weltkrieg entstandene Organisationsform, die betriebsratsähnliche Funktionen hat. Dem Versuch Gramscis und anderer Genossen, diese zu Fabrikräten auszubauen, widersetzt sich die Linke aus den bekannten Gründen, nämlich der Negation selbständigen politischen Handelns seitens der Gewerkschaften.



Nur wenn diese kleinlichen Fragestellungen überwunden und in ihrer ganzen Breite und Tiefe vor die Partei und die Internationale gebracht werden, lässt sich die Vergiftung des Parteilebens verhindern, und die Partei kann all die Schwierigkeiten überwinden, mit denen sie heute zu kämpfen hat.

**Quelle:**

„Progetto di tesi per il III Congresso del partito comunista presentate dalla sinistra“: L'Unità, Januar 1926 (nur „I. Allgemeine Fragen“). Vollständig: „Tesi per il Terzo Congresso“, Rom, 1926.